Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 293. Dienstag, den 15. Dezember 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zweierlei Urteile über die Gewerkschaftsbeiträge.

Jeder Arbeitergroschen, der in die Gewerkschaftskassen fließt, statt in den Säckel des Fiskus als Steuer, hat seinen Beruf verfehlt. Diese Sentenz bringt in prägnanter Fassung zum Ausdruck, was Herr von Rheinbaben bei der ersten Lesung der Reichsfinanzreform über Gewerkschaftsbeiträge dem Gehege seiner Zähne entfahren ließ. Bei einem preußischen Finanzminister ist eine derartige Auffassung so wenig auffällig, wie bei einer Modedame, die Beklemmungen darüber empfindet, daß die Summen, die ihr Mann für gute Bücher aufwendet, ihrem Aufwand für Kleiderluxus und Schmuck entgehen.

Blamabel geradezu ist es aber, wenn ein Staatsmann aus den Gewerkschaftsbeiträgen den Schluß zieht, daß die Arbeiter sehr wohl in der Lage seien, mit den neuen Steuern belastet zu werden. Blamabel, weil er die Gewerkschaftsbeiträge für eine Art Luxusausgaben hält und nicht weiß oder nicht zu wissen scheint, daß diese Ausgaben den Arbeitern durch ihre bedrängte Lage aufgenötigt sind, daß die Arbeiter sich gezwungen sehen, sich diese Beiträge an ihrem kümmerlichen Bedarfsbudget abzusparen, um sich durch ihre Organisationen Erleichterungen zu verschaffen, welche vernünftiger- und gerechterweise von den Unternehmern bestritten werden oder durch die Gesetzgebung ihnen geboten werden müßten!

Es war ein gutes Wort und verdient dreifach unterstrichen zu werden — zumal mit den Gewerkschafts- und Parteibeiträgen auch sonst häufig in der kapitalistischen Presse gekrebst wird — das der Genosse Südekum sagte: aus diesen Beiträgen zu folgern, es ginge den Arbeitern gut, ist gerade so, als behaupte man, es ginge jemand gut, der erkleckliche Kosten für Arzt und Apotheker zahlen mußte! Hätte die preußische Exzellenz auch nur einiges Verständnis für die Sache, so hätte er umgekehrt erklären müssen: Die Arbeiter sind ohnehin schon genug belastet von dem, was sie aus eigenen Taschen von ihren geringen Löhnen leisten müssen, um ihre Lage einigermaßen erträglich zu gestalten; man darf sie deshalb nicht durch die neuen Steuern noch stärker belasten!

Es trifft sich gut, daß dieser Tage ein Buch in zweiter Auflage von einem evangelischen Geistlichen erschienen ist: „Ethik und Kapitalismus" (Heilbronn 1909, E. Salzer) von G. Traub-Dortmund, der zwar von bürgerlich-ideologischem Standpunkt sein Thema behandelt, aber mit so gründlichem volkswirtschaftlichen Wissen, und richtigen, aus eigenen Anschauungen geschöpften Urteilen, und dabei ohne alle reaktionäre Nebentendenz, daß wir ungeachtet einzelner Mängel in der Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus die weite Verbreitung des Buches wünschen. Hier sei nur in Kürze angeführt, wie der Autor die Leistungen der Gewerkschaften bewertet, wobei er besonders die freien Gewerkschaften im Auge hat. Was er da ausführt, sticht aufs wohltuendste ab von dem verdrießlichen Ton, den der genannte preußische Minister, wie auch sein Kollege Delbrück, über die Gewerkschaften anschlug.

Jeder, sagt er, müßte an den Kraftleistungen der deutschen Gewerkschaften seine helle Freude haben. Welche Summe von Fleiß und Geduld, von zäher, unablässiger Kleinarbeit usw. Es sei traurig, wie viele sich den Gesichtskreis der Kultur verengen, die da aus den Tiefen aufsteigt. Sodann kommt er auf die speziellen Aufgaben der Gewerkschaften.

Sie unterstützen kranke Mitglieder. Die freien Gewerkschaften gaben dafür 1906 drei Millionen Mark aus. Sie springen ihren Invaliden bei und sorgen, daß die Gemaßregelten nicht in der Not der Arbeitslosigkeit verderben. Sie werfen Tausende aus für Unterstützung bei Umzügen und Reisen. Sie gewähren Rechtsschutz und Rechtsbelehrung und bieten Stellenvermittelung an. Die weiblichen Gewerkschaften haben Wöchnerinnenschutz und Mutterschafts-Versicherung eingeführt.

Vor allem haben sie Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt. „Wenn sie nichts weiter getan hätten als dies, so müßte der Sozialethiker ihnen Dank wissen. Denn damit haben sie sich an das schwierige Problem heranwagt, vor dessen Kompliziertheit dem Staat noch graut. Die Erhaltung der Arbeitslosen bedeutet eine Kulturtat." Was er des näheren darlegt und wobei er unter anderem hervorhebt, wie bedenklich es ist, wenn Arbeitslose sich gezwungen sehen, für jeden Lohn zu arbeiten, womit die Löhne der in Arbeit Stehenden gedrückt werden. Von 1904 bis 1906 haben die freien Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützung 6,2 Millionen Mark ausgegeben; eine um so höher zu veranschlagende Leistung, wenn man das Maß von Schwierigkeiten bedenkt, das die Fluktuation innerhalb der einzelnen Berufe mit sich bringt.

Das alles und manches Weitere sei um so höher zu bewerten, da all diese Unterstützungen nicht den Charakter der Wohltätigkeit tragen. „Es ist nicht Wohltat, sondern Recht, was die Gewerkschaftsmitglieder durch ihre hohen Beiträge erwerben." Die Unterstützung wachse sich aus zum Versicherungsvertrage. Darin liege ein Fortschritt. „Denn die Liebe, welche von Klasse zu Klasse, von Korporation zu Korporation ausgeübt wird, behält etwas Demütigendes, Menschenentwertendes." Gewiß ein anerkennenswertes Urteil aus der Feder eines Predigers der christlichen Liebe, die er freilich, als persönliche, nicht ausgeschaltet wissen will.

Unverständlich findet der Autor, warum die Gewerkschaften den Haß weiter Kreise — er meint da wohl die Intellektuellen — auf sich gezogen haben. Er kann sich das nur daraus erklären, daß deren Arbeit für viele Theologen, Juristen, Philologen unbekanntes Land sind. „Man hat von Gewerkschaftsverhandlungen das Bild einer rohen Versammlung von „Ballonmützen" in schlechter Kleidung und öden Lokalen mit viel Rederei und wenig Erfahrung." Zum mindesten halte man sie für langweilig. „Wir raten: gerade so wie man den Kurszettel liest, oder den Bewegungen auf dem Kohlen- und Eisenmarkt Interesse entgegenbringt, sich auch in die Verhandlungen der Metallarbeiter, Buchdrucker, Maurer, Litographen usw. einzuarbeiten: man wird eine Fülle kultur-ethischen Materials finden."

Vollkommen billigt der Autor das Bestreben der Gewerkschaften, Einfluß auf den Arbeitsvertrag zu gewinnen, die Arbeiter zur verhandlungsberechtigten Macht gegenüber dem Unternehmertum heranzubilden. Sie wollen den einzelnen Arbeiter nicht schutzlos dem mächtigen Kapital entgegentreten lassen. Damit haben sie der Arbeiterschaft Millionen an Lohnsummen und an verkürzter Arbeitszeit rein vertragsmäßig erkämpft.

Was er des weiteren über die geistige und sittliche Hebung der Mitglieder durch die Gewerkschaften rühmt, mag man im Buche selbst lesen.

Das alles ist von unserer Seite schon oft genug auseinander gesetzt worden. Es ist aber wertvoll, es auch einmal von solcher Seite so unumwunden anerkannt zu sehen.

Auch preußische Minister könnten aus dem Buche viel lernen, wenn sie es ohne Vorurteil und Voreingenommenheit in die Hand nehmen würden und wenn es ihnen darum zu tun wäre, sich ein objektives Urteil über die Arbeiterbewegung zu bilden. Daran liegt ihnen aber nichts. Sie sind Vertreter des den Arbeitern feindlichen Klassenstaates nicht, weil sie die Arbeiterbewegung falsch beurteilen, sondern weil sie ersteres sind, müssen sie alles, was die organisierten Arbeiter tun und treiben, unter einem falschen Gesichtswinkel betrachten. Der Arbeiterbewegung schadet das freilich nicht, wohl aber bei allen verständigen Leuten ihrem eigenen Ansehen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Fahrnissteuer.

Die „Post" veröffentlicht einen Leitartikel, den sie sich aus ihrem „Leserkreise" schreiben läßt, in welchem der Vorschlag gemacht wird, eine sog. Fahrnissteuer (Steuer auf Haushaltungsgegenstände, Kleidung usw.) einzuführen. In dem Artikel wird ausgeführt:

„Ein großer Teil unseres Nationalvermögens ist angelegt in Kleidung, in Schmuck, in der Ausstattung unserer Wohnungen, in Fuhrwerk, kurz in alledem, was der einzelne sich für seine Lebenshaltung an beweglichen Dingen beschafft hat, die nicht zum alsbaldigen Verbrauch bestimmt sind: die sog. „Fahrhabe" oder „Fahrnis" des älteren deutschen Rechtes. Gerade in einer reicheren Ausgestaltung in allen Kreisen der Bevölkerung dürfte der steigende Wohlstand unseres Volkes am deutlichsten zum Ausdruck gekommen sein. Nun, da wir Geld brauchen, um ohne Beeinträchtigung anderer Aufgaben des Staates die notwendigen Ausgaben für Heer und Flotte leisten und die bereits eingegangenen Schulden tilgen zu können — wäre es da unbillig, wenn wir auch für dieses uns durch die Heeresmacht des Staates geschützte, bisher von jeder Steuer verschonte Vermögen eine angemessene Steuer — sozusagen als Versicherungsprämie gegen Kriegsgefahr — zahlten? Gewiß nicht! .... Den theoretischen Bedenken gegen jede Vermögenssteuer als solche und insbesondere der Härte, welche in der Besteuerung des ertraglosen Vermögens von vielen gefunden werden könnte, ließe sich vielleicht dadurch begegnen, daß die Steuer eben nur aushilfsweise etwa für die Dauer von 20 Jahren oder bis zur Tilgung der Reichsschuld eingeführt würde ....

Die Steuer müßte einfach und durchsichtig nach allgemeinen großen Gesichtspunkten, nicht engherzig, wie etwa ein Zolltarif, gestaltet und human gehandhabt werden. Jede „Erdrosselung" des Luxus und Komforts müsse vermieden werden, weil beide auch durchaus gesunde Zeichen einer hohen Kultur und zur Förderung der Kunst, wie mannigfacher Betriebszweige notwendig sind. Die Stufen würden etwa — unter Freilassung der Fahrnis bis zum Werte von 300 Mark — für 300—1000 Mark auf 1 vom Tausend, für 1—3000 Mk. auf $1\frac{1}{4}$ v. T., für 3—10 000 Mk. auf $1\frac{1}{2}$ v. T., für 10—20 000 Mark auf 2 v. T. und dann bis 100 000 Mk. für je 20 000 Mk. um $\frac{1}{2}$ v. T., über 100 000 Mark für je 50 000 Mk. um 1 v. T. steigend auf allerhöchstens 8 v. T. zu bemessen sein. Eventuell ist der Steuersatz nach dem zu erreichenden Steuersoll zu gestalten. Wissenschaftliche und Kunstsammlungen, die unentgeltlich der Öffentlichkeit zugängig gemacht sind, müssen steuerfrei bleiben, der Öffentlichkeit verschlossene Ermäßigung haben. Steuerfrei müßte ferner die Fahrnis bleiben, die lediglich einem Gewerbebetrieb oder der Erfüllung von Amtspflichten zu dienen bestimmt ist. Was zum Verkauf im Handels- und Gewerbebetrieb bestimmt oder Bestandteil einer unbeweglichen Sache ist (Einrichtung für Fabriken, Hotels, Theater), wäre selbstverständlich von der Steuer überhaupt ausgeschlossen. . . . .

Keine Ermäßigung dürfte erhalten, wer steuerpflichtige Dinge zunächst nur auf Abzahlung gekauft oder gemietet hat. Es würde dadurch gleichermaßen Hinterziehungen und vielleicht auch der oft ungesunden und volkswirtschaftlich bedenklichen Ausdehnung dieser Erwerbsformen vorgebeugt werden. Für die Steuer müßte in diesen Fällen der Verkäufer oder Eigentümer mit der Sache haften.

Der Wahnsinn des Wettrüstens.

Durch den Sturmschritt der technischen Erfindungen werden selbst die allerneuesten Schiffe der deutschen Kriegsmarine, in die man ungezählte Milliarden hineinsteckt, vollständig entwertet. So meldet jetzt beispielsweise der „Tag":

Im Februar nächsten Jahres wird auf der Schiffswerft von Davonport der Kiel für den größten Kreuzer der Welt gelegt werden. Es handelt sich um einen Panzerkreuzer vom Invincible-Typ für die britische Marine. Die Länge wird 570 Fuß, die Breite 80 Fuß, das Deplacement 18 000 Tonnen, die Maschinenstärke 45 000 Pferdekräfte und die Geschwindigkeit 28 Knoten pro Stunde betragen.

Wie lange soll dieser Wahnsinn noch dauern?

Maximilian gegen Wilhelm.

Harden, der die Wiederkehr seiner Reklameerfolge dem Fürsten Eulenburg und der Frau von Elbe verdankt, reist jetzt in allerhand Kurz- und Galanteriewaren gegen Wilhelm II. Seine Tournee führte auch durch Leipzig und das dortige Parteiblatt hat aus Hardens Varietevorstellung einige pikante Rosinen ausgepickt, die uns der Verbreitung wert erscheinen. Harden meinte über Onkel Eduard und seinen Neffen:

Onkel Eduard — schlau, gerissen, vorzüglicher Geschäftsreisender und genauer Kenner der Psyche Wilhelms II.; kein Wunder, wenn der Neffe dauernd den kürzeren zieht, zumal er auch nicht einen Blutstropfen von einem Staatsmann hat, vielmehr nur ein dramatisches Temperament besitzt. Aber S. M. hält sich für einen Staatsmann und hat einst einer Französin versichert: „In Deutschland verstehen von der auswärtigen Politik nur zwei Menschen etwas; der andere ist Bülow". — Diese Äußerung scheint uns allerdings vor dem „Daily Telegraph"-Gespräch gefallen zu sein!

Eine zweite Liebenswürdigkeit des „Zukunft"-Herausgebers: Moderne Malerei hat S. M. niemals recht gesehen, verurteilt sie aber in Grund und Boden. Und als kürzlich seine Frau, Augusta Viktoria, in einem Berliner Geschäft zwei moderne Bilder sah, meinte sie entrüstet: „Unglaublich! Mein Mann hat den Leuten doch gesagt, wie sie malen sollen, und sie können es immer noch nicht".

Harden ist der Meinung: Zwischen Wilhelm II. und dem deutschen Volke habe immer eine Kluft bestanden, die Menschenmassen bei kaiserlichen Besuchen besagen gar nichts. Wenn der Emir von Afghanistan mit Ministern, Kamelen, Bediententroß und Adjutanten deutsche Städte besucht, läuft wahrscheinlich noch mehr Volk auf der Straße zusammen. Und die Väter deutscher Städte lassen sich den kaiserlichen Besuch stets etwas kosten, und das Publikum hat die Sache noch billiger, als die sogenannten volkstümlichen Preise sind.

Wenn S. M. malt, zeichnet, reist, jagt, schriftstellert und Assyriologie treibt, oder als Regisseur in dem „scheußlichen Schauspiel" Sardanapal tätig ist, will Harden Gnade walten lassen. Aber Wilhelm II soll keine Po-

Schwierigkeiten, die Deutschland erleiden mußte, seien durch ihn angerichtet worden.

Den vollgetränkten Giftpfeil schoß der weibische Maxe ab, als er fragend schloß: Dem Kaiser müsse das Volk sagen: lebe gut und hoch — auf die Kosten komme es nicht an — aber lebe leise... Würden die deutschen Fürsten heute dem preußischen König Wilhelm II., nachdem sie ihn zwanzig Jahre kennen, die deutsche Kaiserkrone anbieten?

In der Verneinung dieser Frage sieht Harden das „denkbar Fürchterlichste". Die Weltgeschichte allerdings hat schon Fürchterlicheres gesehen und die Meinung der Fürsten über ihre Kollegen dünkt uns nicht den zehnten Teil so viel wert als die Meinung des Volkes.

Ein Gewaltakt.

Über die Kassierung der Wahl des Landtagsabgeordneten Genossen Bock in Gotha wird noch folgendes mitgeteilt: Unser Genosse Bock ist bei der letzten Wahl mit einer Stimme Mehrheit Abgeordneter des achten Gothaer Bezirks geworden; es waren nämlich 42 Stimmzettel abgegeben worden, davon einer unbeschrieben, also nach § 24,4 der Wahlordnung von Gotha ungültig. Von den gültigen 41 Stimmen hatte Bock 21 erhalten, es unterliegt also nicht dem geringsten Zweifel, daß er korrekt gewählt war. So entschied auch der Wahlkommissar, Amtsgerichtsrat Schaaf.

Dieser klare Sachverhalt hinderte die Mehrheit der Wahlprüfungskommission nicht, die Ungültigkeitserklärung des Bockschen Mandats zu beantragen, und es geschah das Ungeheuerliche, daß auch die Majorität des Plenums sich am letzten Donnerstag auf eben diesen brutalen Machtstandpunkt stellte.

Der Beschluß kam zustande, obgleich bewiesen wurde, daß die Bürgerlichen Gothas in ebenso gelagerten Fällen, bei denen es sich allerdings um ihre Parteigänger handelte, durch umgekehrt zu entscheiden gewußt haben. Wie die Blockleute sich über solche „Kleinigkeiten" hinwegsetzen, das illustrierte Genosse Schauder, indem er eine Äußerung des Abgeordneten Leutheuser anführte, der die Festnagelung der bürgerlichen Doppelmoral mit den Worten entschuldigte: „Wir sind mit der Zeit eben gescheiter geworden!"

Das Mandat des Genossen Bock ist also kassiert und damit der Grundsatz proklamiert, daß ein unbeschriebener Zettel laut Wahlordnung zwar ein ungültiger Stimmzettel ist, daß er aber doch als — gültige Stimme mitzählt. So „gescheit" sind die Leutchen vom Block, wenn es gilt, einem Sozialdemokraten sein Mandat zu stehlen.

Die Nationalliberalen und die badische Lehrermaßregelung.

Während ein Teil der badischen Nationalliberalen die Maßregelung des Lehrers Roedel kritisierte, und mit den Kollegen des Gemaßregelten gegen die Regierung Stellung nahm, trat der neue Parteileiter Dr. Obkircher auf die Seite der Regierung. Darob berechtigte Entrüstung in Lehrerkreisen und auf nationalliberaler Seite eifriges Bemühen, die für die nationalliberale Parteiagitation bisher so wertvollen Lehrer zu beschwichtigen.

Die parteiamtliche „Nat. Korresp." bespricht in einem großen Artikel die Vorgänge, ohne sich klar und bestimmt auf die eine oder andere Seite zu stellen, nur das Bemühen tritt aufdringlich zutage, die Haltung Obkirchers zu entschuldigen und zu beschönigen. Am Schlusse des Artikels heißt es:

„... Will man einem Abgeordneten, wenn er sich nach gewissenhafter Prüfung eine Überzeugung gebildet hat, verbieten, sich zu dieser Überzeugung zu bekennen? Sehen die betr. Lehrerorganisationen nicht, daß sie Gefahr laufen, ihren Anspruch auf freie Rede zu einer Knechtung der freien Rede der anderen werden zu lassen? ...

Diejenigen Lehrer, oder, um ganz allgemein zu sprechen: diejenigen Beamten wissen nicht, was sie tun, die die Waffe des Terrorismus und des Drucks durch die Masse anwenden. Wenn es auf die Masse und sonst nichts ankommt, nicht auf verständige und gerechte Abwägung, nicht auf den Wert der persönlichen Leistungen für Staat und Kultur, dann geraten die Beamten noch einmal arg ins Hintertreffen. Wenn allein die Zahl und die vielfach durch eine radikale Partei in die Masse hineingelegten Tendenzen entscheiden, dann sind die Beamten eben doch nur ein kleines Häuflein, das nicht den Ausschlag gibt. Dann hat sehr bald die Anschauung, daß die Beamten doch nur Leute seien, die aus den Taschen der Masse leben und ihr zu fronden haben, Oberwasser. Ob Herr Obkircher recht hatte, da er die Entscheidung des badischen Oberschulrats billigte, wissen wir nicht, aber das wissen wir, daß wir, wie das liebe Brot, in Deutschland Männer brauchen, die überhaupt noch zu ihrer Überzeugung stehen und sie kühnlich auch gegen andrängende populäre Strömungen vertreten. Wenn die Lehrer dagegen ankämpften, so, wir wiederholen es, wissen sie nicht, was sie tun; sie würden Werte in den Erdboden stampfen, die sie, wenn sie den Schaden besehen, gerne mit den Nägeln wieder herauskratzen würden."

Das Kolonialdiamantengeschäft.

Die vom Staatssekretär Dernburg in seiner Diamantenrede im Reichstage gestellten organisatorischen und finanziellen Maßregeln bezüglich der Diamantengewinnung in Deutsch-Südwestafrika werden gegenwärtig zum Teil bereits verwirklicht. Eine Vereinigung der leitenden Banken zur Organisierung und Verwertung der Diamantenausbeute ist in der Bildung begriffen. Wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, belegt eine gestern in Kraft getretene Verordnung den Export der Diamanten mit einer Steuer in Höhe von 33 Prozent des Wertes.

Das Diamantenland.

Das Gouvernement von Deutsch-Südwestafrika wurde telegraphisch angewiesen, von jetzt ab einen Ausfuhrzoll von 10 Mark pro Karat auf Rohdiamanten zu erheben. — Hoffentlich gibt es nun auch Diamanten zu verzollen.

Die Debatten im bayerischen Steuerausschuß gestalten sich recht interessant, namentlich das Verhalten der Vertreter des Blocks und des einzigen Demokraten Dr. Quidde. Der Versuch der Blockparteien, das Wahlrecht zu verschlechtern, indem den Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis 600 Mk. freigestellt wird, ihr Einkommen zu versteuern, ist, wie wir bereits berichtet haben, an dem Widerstand unserer Parteigenossen und des Zentrums gescheitert. Gleich darauf hat sich der „Demokrat" Dr. Quidde einen Streich geleistet, bei dem ihn selbst die Nationalliberalen und Konservativen im Stich gelassen haben. Nach dem derzeitigen Steuergesetz sind Stiftungen, die im Kapitalvermögen ihren Fundus haben, frei von der Einkommen- und Kapitalrentensteuer, sowie den betreffenden Gemeindeumlagen. Dagegen sind Stiftungen, deren Vermögen in Grundbesitz besteht oder die ein Gewerbe betreiben, zur allgemeinen Einkommensteuer mit ihrem gesamten Einkommen aus Grundvermögen oder Gewerbe-Erträgnissteuer umlagepflichtig. Diese ungünstigere Behandlung der Stiftungen, deren Einnahmen aus Grundbesitz oder Gewerbe fließen, hat in der historischen Entwickelung des Landes ihre Begründung. Wenn eine konfessionelle Partei, wie das Zentrum, versucht, die „Parität" herzustellen, durch einen Vorstoß gegen die Besteuerung von Grund und Boden, so kann man das begreiflich finden, wenn auch selbstverständlich diese Ausdehnung von Privilegien zurückzuweisen ist. Der Referent Dr. Heim beantragte, die Steuerfreiheit der Stiftungen auch auf ihre Bezüge aus Grund und Boden und Gewerbe auszudehnen. Dadurch würde nicht nur ein neues Privileg hauptsächlich für die Klöster und ähnliche Stiftungen geschaffen, sondern der Staat um mindestens 100 000 Mark geschädigt und den Klosterbrauereien und ähnlichen gewerblichen Unternehmungen der Klöster die Konkurrenz mit den relativ hoch besteuerten Privatbetrieben wesentlich erleichtert. Selbstverständlich wurde der Antrag von unserer Seite nachdrücklich bekämpft, denn was man auf diese Art den Klöstern schenken würde, müßten die Steuerzahler mehr aufbringen. Zur allgemeinen Überraschung erstand den Klöstern aber ein Bundesgenosse in Herrn Dr. Quidde, der wiederholt für Ausdehnung des klösterlichen Steuerprivilegs auf Grund und Boden und Gewerbebetrieb das Wort ergriff.

Wie bereits bemerkt, wurde Quidde selbst von den Blockleuten, deren Wortführer er ist, dabei desavouiert. Nicht einmal die Zentrumsmitglieder brachte Dr. Heim alle auf seine Seite; vier der angesehensten Mitglieder des Zentrums stimmten gegen den Antrag Dr. Heims, weil sie eine derartige Erweiterung an sich ungerechter Privilegien nicht unterstützen wollten. Dagegen stimmte Dr. Quidde stramm mit Dr. Heim, ohne seinen Zweck zu erreichen; der Antrag Dr. Heim wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Man möchte die bürgerliche Demokratie zur Scham rufen, wüßte man nicht, daß bei dieser „Volkspartei" Hopfen und Malz verloren ist, abgesehen davon, daß die scharfe Absage an alle Traditionen der Demokratie zur Klärung der politischen Verhältnisse in Bayern beiträgt.

Für die Steuerpflicht der Gewerkschaften wurde eine weitere Erleichterung geschaffen: Bei der Veranlagung der Einkommensteuer bleiben die Einkünfte der juristischen Personen und nicht rechtsfähigen Vereine soweit sie satzungsgemäß für Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung 2c. verwendet werden, außer Ansatz.

Außerdem kam es in der jüngsten Sitzung zu einer ausgedehnten Wohnungs-Debatte, in der unsere Vertreter weitgehende Berücksichtigung des Kleinwohnungsbaues bei der Besteuerung forderten. Bemerkenswert ist noch, daß mit den neuen Steuergesetzen alljährliche Veranlagungsperioden eingeführt werden, während jetzt, je nach der Steuergattung, zwei- bezw. dreijährige Steuerveranlagung vorgeschrieben ist.

Österreich-Ungarn.

Das Standrecht in Prag ist gestern aufgehoben worden.

England.

Der Achtstundentag für Bergarbeiter. Das englische Unterhaus hat die dritte Lesung des Gesetzentwurfes betreffend den achtstündigen Arbeitstag für Bergarbeiter mit 264 gegen 89 Stimmen angenommen.

Amerika.

Ein nicht unbedeutender Konflikt ist zwischen Holland und Venezuela ausgebrochen. Während der Präsident des letzteren Landes sich auf einer Spritztour in Europa befindet, geht es dort unten heiß her. Aus Willemstad, 13. Dezember, wird telegraphiert: Der holländische Kreuzer „Gelderland" brachte am Sonnabend das venezolanische Küstenwachtschiff „Alix" außerhalb von Puerto Cabello auf. Das Vorgehen der Holländer war deutlich zu sehen, doch gaben die Forts Puerto Cabello kein Feuer. Auf dem „Alix" wurde die holländische Flagge gehißt und die Besatzung an Land geschickt. Sodann wurde „Alix" mit Holländern bemannt und hierher gebracht, wo das Schiff heute morgen unter großer Begeisterung der ganzen Insel Curacao eintraf.

Der niederländischen Regierung ist die Wegnahme eines venezolanischen Schiffes, das im Verdacht stand, Munition nach anderen Häfen zu führen, bestätigt worden. Mit der Beschlagnahme begann die holländische Regierung mit der Ausübung von Repressalien, die, wie sie behauptet, den völkerrechtlichen Grundsätzen nicht zuwiderlaufen. Die Niederlande setzten das venezolanische Volk davon in Kenntnis, daß die Repressalien gegen die Regierung Castros, nicht gegen die Bevölkerung sich richten. Es wird zugegeben, daß der Streitfall sich in einer neuen Phase befindet, die Gerüchte von einer Kriegsgefahr werden aber dementiert.

Amtlich wird bekannt gegeben, die venezolanische Regierung sei zu Maßnahmen gegen das persönliche Regiment Castros geschritten, um sich eine Garantie zu schaffen, daß sich die Belästigungen niederländischer Schiffe nicht wiederholen, bezüglich deren Castro eine beruhigende Erklärung für die Zukunft nicht habe geben wollen. Beschränkt sich vorläufig auf die Aufforderung von im offenen Meer angetroffenen Kriegs- und Regierungsschiffen nach Curacao, die die venezolanischen Häfen mit für andere Häfen bestimmtem Kriegsmaterial verlassen. Private Handelsschiffe werden somit unbehindert verkehren können. — Sobald Holland die Sicherheit bekommt, daß das Castrosche Regiment gestürzt ist, werden die aufgebrachten venezolanischen Kriegsschiffe ohne Zweifel der venezolanischen Nation zurückgegeben werden.

Der venezolanische Minister des Äußern protestiert in einer Note an das diplomatische Korps gegen Hollands feindseliges Vorgehen. In Venezuela wurde der Verteidigungszustand erklärt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 15. Dezember.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Zahlstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fackenburger Allee Nr. 51, Jabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—23, Grützmühle in der Hafenstraße, Stielbau Marli, Kaltenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Stielbauarbeiten in der Marlistraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und J. Jabs im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grützmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

---

sg. **Die Bürgerschaft** hielt gestern ihre letzte Sitzung im alten Jahre ab. Ausnahmsweise erledigte sie in verhältnismäßig kurzer Zeit die ganze Tagesordnung. Vor Eintritt in dieselbe gab der ständige Senatskommissar bekannt, daß dem Beschluß der Bürgerschaft entsprechend die Bekanntgabe von Versammlungen — die bisher bekanntlich nur auf das Amtsblatt beschränkt war — fortan in allen hiesigen Zeitungen erfolgen könne. Damit hat sich der Senat auf einen vernünftigen Standpunkt gestellt. Er hat sich hier liberaler gezeigt als der sozialistenreine Bürgerausschuß, der es abgelehnt hatte, den diesbezüglichen Antrag dem Senat entgegenzubringen.

Eine längere Debatte entfesselte der erste Senatsantrag auf Quittierung des Stadtkassenverwalters für seine Geschäftsführung. Genosse Stelling monierte scharf die in dem Bericht der Rechnungsbehörde festgestellten hauptsächlichsten „Erinnerungen", die sich auf unrichtige Buchungen, Schiebungen, Rechenfehler, Fehlen von Belegen 2c. erstreckten. Vom Senatstisch versuchte man, die Sache als harmlos hinzustellen. Als Retter des Senats erschien Geheimrat Brecht auf dem Plan, der nicht mit sachlichen Gründen, sondern mit im hochnäsigen Ton hervorgestotterten Redensarten operierte. Er bezeichnete die Ausführungen unseres Redners als kaum beachtenswert, als aufgeblasen, und als nur nach außen hin gehalten; selbstverständlich holte er sich von unserem Genossen eine derbe Abfuhr, die ihn veranlaßte, einen kleinen Zurückzieher zu machen.

Bei dem Senatsantrage auf weitere Herrichtung des Vorwerker Friedhofes wies Genosse Schwartz mit Recht darauf hin, daß man diese Arbeiten nicht in Submission und damit evtl. an einen auswärtigen Unternehmer vergeben solle. Vielmehr möge man den zahlreichen hiesigen Arbeitslosen durch baldige Inangriffnahme der Arbeiten etwas Arbeitsgelegenheit schaffen.

Die übrigen Senatsanträge forderten zu keiner oder nur zu unbedeutender Debatte heraus.

Nunmehr kamen die Initiativanträge zur Beratung. Der Antrag Wissell auf Errichtung eines Wöchnerinnenheims war vom Bürgerausschuß auf Antrag einer von ihm eingesetzten Kommission in der Form an den Senat gebracht worden, daß dieser die Frage der Notwendigkeit der Errichtung eines derartigen Heims prüfen solle. Unsere Genossen erklärten sich mit dieser Regelung einverstanden und gaben der Erwartung Ausdruck, daß die Prüfung möglichst beschleunigt werde, was auch vom Senatstische zugestanden wurde.

Der Antrag Stelling, der eine Kundgebung der Bürgerschaft gegen die Lichtsteuer wünschte, wurde von diesem begründet. Genosse Schwartz benutzte die Gelegenheit, um die traurige Rolle des Blocks im Reichstage in das richtige Licht zu rücken. Auf Vorschlag des Wortführers wurde der Antrag zurückgestellt, bis die Vorlage aus der Reichstagskommission heraus ist. Darauf erfolgte Schluß.

Handelsregister. Am 11. Dezember 1908 ist unter Nr. 90 die Aktiengesellschaft in Firma Lübecker Ölmühle Aktiengesellschaft (vormals G. E. A. Asmus) mit dem Sitz in Lübeck in das Handelsregister eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. November 1908 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Betrieb der Lübecker Ölmühle von G. E. A. Asmus; sowie der Erwerb, die Einrichtung und der Betrieb aller für die Verwertung der erzeugten Produkte, Nebenprodukte und Abfälle und für den Erwerb der Rohmaterialien bestimmten Anlagen und sonstigen Unternehmungen, ferner der Betrieb aller Geschäfte, welche mit einer Ölmüllerei in Beziehung stehen oder an diese angegliedert werden können, endlich der Erwerb von Grundbesitz für die vorstehenden Zwecke der Gesellschaft. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 1 500 000 Mk., eingeteilt in 1500 auf den Inhaber lautende Aktien von je 1000 Mark. Die Aktien werden zum Kurse von 100 und mit der Verpflichtung der Aktionäre zur Zahlung von 2 Proz. Aktienstempel ausgegeben. Die Ausgabe von neuen Aktien zu einem den Nennwert übersteigenden Betrag ist gestattet. Der Mitbegründer der Aktiengesellschaft, Rentner Alfred Rudolf Fleischmann, bringt in die Aktiengesellschaft ein: 1. das im Grundbuche von Siems Blatt 38 auf den Namen von Wilhelm Asmus eingetragene Grundstück mit der Ölmühle mit den in Abteilung I des Grundbuchblattes verzeichneten Rechten, aber auch mit den in Abteilung II des Grundbuchblattes verzeichneten Grunddienstbarkeiten, nebst den den Zwecken der Fabrik dienenden Gebäuden, Maschinen und Inventargegenständen, einschließlich eines Kraftwagens, 2. das im Grundbuch von Siems Blatt 45 auf den Namen von Wilhelm Asmus eingetragene Grundstück nebst den darauf befindlichen 8 Arbeiterwohnhäusen, 3. das Recht, die Firma G. E. A. Asmus mit oder ohne Beifügung eines das Nachfolgeverhältnis andeutenden Zusatzes zu führen, 4. das Verbietungsrecht gegen die in Liquidation befindliche Firma G. E. A. Asmus in Kiel mit Zweigniederlassung in Lübeck, den Betrieb einer Ölmühle in Kiel fortzusetzen oder durch dritte Personen aufnehmen zu lassen oder die Kieler Grundstücke an jemanden zu verkaufen, von dem sie weiß, daß der Erwerber die Grundstücke zum Zwecke des Betriebes einer

Grundstücke, Gegenstände und Rechte ist auf 1 000 000 Mark festgesetzt. Er wird in der Weise berichtigt, daß eine im Grundbuch von Siems Blatt 38 eingetragene Darlehnshypothek in Höhe von 500 000 Mk. von der Aktiengesellschaft als eigene Schuld übernommen wird, daß zwei Hypotheken von je 100 000 Mk. in den eingebrachten Grundstücken für Fleischmann eingetragen und daß 300 Aktien der Gesellschaft an Fleischmann zum Nennwerte hingegeben werden. Der Vorstand der Gesellschaft wird vom Aufsichtsrat bestellt. Alle die Gesellschaft verpflichtenden Erklärungen müssen von einem Mitgliede des Vorstandes oder von zwei Prokuristen abgegeben werden. Stellvertretende Vorstandsmitglieder stehen bezüglich der Vertretungsbefugnis den ordentlichen Vorstandsmitgliedern gleich. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger und außerdem in den vom Aufsichtsrat zu bezeichnenden Zeitungen. Zur Gültigkeit einer Bekanntmachung genügt jedoch die Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger. Die Berufung der Generalversammlungen erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 2 Wochen durch den Vorstand, jedoch steht auch dem Aufsichtsrat das Recht zu, in derselben Weise eine Generalversammlung zu berufen. Die Gründer der Gesellschaft sind: 1. Rentner Alfred Rudolf Fleischmann in Gotha, 2. Rechtsanwalt Dr. A. H. Görtz in Lübeck, 3. die Aktiengesellschaft Commerzbank in Lübeck, 4. die Firma Louis Wolff, Commanditgesellschaft in Lübeck, 5. der Kaufmann W. Asmus zu Lübeck, 6. Kaufmann M. Esselsgroth zu Kiel, 7. der Kaufmann W. Cohn zu Lübeck. Die 7 Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Den Vorstand der Gesellschaft bilden: Kaufmann Wilhelm Asmus in Lübeck, Rentner Alfred Rudolf Fleischmann in Gotha. Mitglieder des Aufsichtsrats sind: 1. Rechtsanwalt Dr. H. Görtz in Lübeck, 2. Bankdirektor H. Otte in Lübeck, 3. Bankdirektor R. Janus in Lübeck, 4. Kaufmann A. Carlebach in Lübeck, 5. Kaufmann W. Cohn in Lübeck. 6. Kaufmann M. Essel-groth in Kiel. 7. Kaufmann P. Gottwald in Gotha. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstandes, des Aufsichtsrats und der Revisoren kann bei dem hiesigen Amts-Gericht Einsicht genommen werden. Der Prüfungsbericht der Revisoren kann auch bei der Handelskammer hierselbst eingesehen werden. Am 12. Dezember 1908 ist eingetragen: 1. bei der Aktiengesellschaft in Firma Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Lübeck: Die dem H. C. J. Grandt erteilte Gesamtprokura ist erloschen. An seiner Stelle ist dem H. A. A. Bütow in Lübeck zusammen mit dem Carl Herbst in Lübeck Gesamtprokura erteilt. 2. bei der Firma Wilh. Meyer in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Güterrechtsregister. Am 12. Dezember 1908 ist bezüglich der Ehe des Kunstgärtners F. M. Eckstein und seiner Ehefrau, M. A.-geb. Haberer, in Lübeck eingetragen: Die Eheleute haben durch Ehevertrag vom 26. November 1908 Gütertrennung unter Ausschließung der Verwaltung und Nutznießung des Mannes am Vermögen der Frau vereinbart.

Kein Ankunftstempel mehr auf Postkarten. Die Vereinfachung des Dienstbetriebs bezweckt eine Anordnung des Reichs-Postamts, die an sämtliche Postanstalten ergangen ist. Sie betrifft die Weglassung des Ankunftsstempels. Schon seit langer Zeit wird dieser Stempel auf den Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapieren weggelassen. Bei den Postkarten hat man vor längerer Zeit damit angefangen, den Ankunftsstempel wegzulassen, als das Beschreiben der Vorderseite bei den Ansichtskarten zugelassen wurde. Es geschah dies hauptsächlich deshalb, weil das Publikum sich darüber beschwerte, daß der Text durch den Aufdruck des Stempels unleserlich gemacht werde. Nachdem neuerdings schriftliche Mitteilungen auf dem linken Teile der Vorderseite von Postkarten jeder Art zulässig sind, liegt kein Grund mehr für den Ankunftstempel auf Postkarten überhaupt vor. Das Reichs-Postamt hat deshalb soeben angeordnet, daß zur weiteren Erleichterung des Dienstbetriebes fortan sämtliche Postkarten nicht mehr mit dem Ankunftstempel bedruckt werden sollen. Ausnahmsweise sollen den Stempel nur noch Postkarten mit Nachnahme erhalten.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Mittwoch, abends 7½ Uhr, gelangen bei kleinen Preisen außerhalb des Mittwoch-Abonnements die beiden wirkungsvollen Lustspiele „Im weißen Rößl" und „Als ich wiederkam" von Blumenthal und Kadelburg zur nochmaligen Aufführung. — Am Donnerstag geht außerhalb des Donnerstag-Abonnements die Operette „Ein Walzertraum" zum 9. Male in Szene. — Die Bühnenproben zu Richard Wagners Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen", Vorabend: „Das Rheingold", befinden sich bereits seit mehreren Tagen in vollem Gange und ist die erste Aufführung für Freitag festgesetzt. Das gewaltige Werk, welches bekanntlich in bühnentechnischer Hinsicht ganz bedeutende Anforderungen an den maschinellen Apparat eines Theaters stellt, kommt hier in gänzlicher Neu-Inszenierung und Ausstattung zur Darstellung.

Kiel. Auf der Suche nach Sündenböcken für die großen Werftunterschlagungen befindet sich augenscheinlich die Leitung der Reichs-Werft in Kiel. Der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" wird folgendes darüber aus den Kreisen der Bureaubeamten der Magazinverwaltungen der Werft geschrieben: „Wie wohl allgemein bekannt sein dürfte, sind auf der Kaiserlichen Werft Massendiebstähle bezw. Unterschleife von Beamten mit geringem, jedoch auch solchen mit reichlichem Auskommen ausgeführt worden. Wenn unsereiner gefragt würde, wer der eigentliche Verantwortliche sei, dann würde die Auskunft lauten: lediglich der erste Vorgesetzte des betreffenden Ressorts. Die ganze Betriebs- bezw. Ressortleitung, die in Händen einer juristischen Person liegt, läßt viel zu wünschen übrig. Jetzt aber hat Assessor Frerichs eine neue Dienstverteilung erdacht, die alle Unterschleife gründlich beseitigen soll. Danach wird dem gesamten Bureaupersonal der Magazinverwaltungen, bei denen die Unterschleife erfolgt sind, eine Stunde Tagesdienst mehr aufgehalst. Diese Bureauzeit erstreckt sich also durchgehend von 7 Uhr 30 Min. vormittags bis 3 Uhr 30 Min. nachmittags, das sind acht Stunden ohne Pausen. Von dieser ungerechten Maßregel, die für die Beteiligten gar nicht erfreulich ist, werden nur Beamte getroffen, die lange Jahre geduldige Soldaten gewesen waren, und denen jetzt, durch die Verwaltung der wertvollen Bestände der Magazine, eine Verantwortung aufgebürdet ist, die in gar keinem Verhältnis zu ihrer Bezahlung steht. Wenn die Werft-Oberleitung wüßte, welchen „Geist" sie durch solche Maßregeln in den betroffenen Kreisen fördert, würde ihr vor ihrer Weisheit selber bange werden."

Schulau. Eine wüste Schlägerei fand in der Sonntagnacht zwischen mehreren Arbeitern der hiesigen Zuckerraffinerie statt, in deren Verlauf einer der Beteiligten durch Hiebe auf den Kopf getötet wurde. Ein anderer wurde in lebensgefährlich verletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei nahm drei Verhaftungen vor. Einer der Verhafteten hat bereits eine Ist erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen worden.

Husum. Bürgermeister Dr. Schlücking hat sein Amt niedergelegt. Der vielgenannte Bürgermeister von Husum hat nach guter Freisinnsart den besseren Teil der Tapferkeit gewählt und ist noch vor endgültiger Erledigung des gegen ihn gerichteten Disziplinarverfahrens aus seinem Amte geschieden. Er hat an den Regierungspräsidenten die nachstehende Erklärung gesandt; die er morgen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorzulesen beabsichtigt:

„Husum, 12. Dezember 1908.

Euer Hochwohlgeboren

beehre ich mich gehorsamst anzuzeigen, daß ich angesichts der Art, in welcher gegen mich die Voruntersuchung in dem Disziplinarverfahren geführt ist, ohne daß mir dafür eine Genugtuung zuteil geworden ist, zum 15. Januar 1908 mein Amt niederlege.

Ich muß es vermeiden, mit höheren Staatsbeamten, zusammenzuarbeiten, die mir nach fünfjähriger, einwandfreier Dienstführung eine derartige Beurteilung zuteil werden lassen, daß sie bei meinen Handlungen nach niedrigen Beweggründen suchen.

Da ich dringend der Erholung bedarf, beabsichtige ich am 23. ds. Mts. eine Erholungsreise anzutreten und zu diesem Tage meine Amtsgeschäfte niederzulegen.

Flensburg. Tödlicher Unfall. Ein 20jähriger Knecht in Esgrus-Schauby, dessen Eltern in Flensburg wohnen, ritt mit einigen Pferden des Weges. Plötzlich wurden die Tiere scheu und liefen wild davon. Dabei stürzte der junge Mann so unglücklich, daß er einen Bruch der Hirnschale davontrug. Der Tod trat bald darauf ein.

Güstrow. Das Schwurgericht verhandelte gegen das Dienstmädchen Auguste Ballin aus Neubrandenburg, welche angeklagt ist, am 13. Juli d. J. zu Neubrandenburg ihr uneheliches Kind gleich nach der Geburt vorsätzlich getötet zu haben. Die Angeklagte ist geständig und wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Bremen. Mordanfall. Durch drei Schüsse schwer verletzt wurde am Sonnabend mittag der Gärtner Beyer im Neuenlander Felde. Der Täter, ein Schuhmacher Hoppe, half dem Gärtner seit einigen Tagen in seiner Gärtnerei. Als Beyer sich mit Hoppe in das Gewächshaus begab, wohin er von Hoppe unter dem Vorwande, einige Topfblumen zu kaufen, gelockt worden war, schoß dieser auf ihn und versuchte außerdem den Beyer zu erwürgen. Der Gärtner setzte sich zur Wehre und es gelang ihm, den Mordbuben in die Flucht zu jagen. Der Überfallene begab sich zu einem Arzte, der anordnete, daß sich Beyer zwecks Untersuchung in ein Krankenhaus begeben müsse. Durch Röntgenstrahlen muß festgestellt werden, da zwei Schüsse Beyer in den Kopf trafen, wo sich die Kugeln befinden. Vor seinem Gange in das Krankenhaus wollte Beyer aus einem Koffer Geld zu sich nehmen und entdeckte nun, daß seine Barschaft im Betrage von 175 Mark sowie ein Sparkassenbuch gestohlen waren. Der Verdacht des Diebstahls lenkte sich auf den Schuhmacher Hoppe, der auf Beyer geschossen hatte. Am Freitag abend war dieser in der Beyerschen Wohnung, ging dort angeblich auf das Klosett und hat bei dieser Gelegenheit wahrscheinlich den Diebstahl ausgeführt. Hoppe wurde, als er sich in seine Wohnung am Buntentorssteinweg begeben wollte, verhaftet. Wie es heißt, hat der Mordbube noch 120 Mk., einen Revolver, sowie einen Dolch bei sich gehabt.

Arbeiter, Parteigenossen!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen in allererster Linie die Inserenten des „Lübecker Volksbote".

Aus dem Gerichtssaal.

Preßprozeß. Vor dem Berliner Schöffengericht wurde die Privatklage des früheren Obersten Gädke gegen die „Deutsche Tageszeitung" verhandelt, die in einem Artikel den Kläger als „Lobpreiser des Königsmordes und Schrittmacher der Umsturzpartei" bezeichnet hatte. Der verantwortliche Redakteur Scheuermann wurde zu 600 Mk. Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Ein ungeheuerliches Urteil aufgehoben. In der Nacht vom 3. zum 4. Februar wurde in der Glasfabrik in Sörnewitz ein Ofen durch Einfallen der Häfen und Ausfließen des flüssigen Glases zerstört, wodurch ein Schaden von 15 000 Mark entstand. Der Schürer Weber wurde nun vom Meißner Schöffengericht, welches annahm, er habe aus Rachsucht die Zerstörung herbeigeführt, trotzdem er aufs energischste seine Unschuld beteuerte, zu — 5 Monaten Gefängnis verurteilt, trotzdem ihm durch die Beweisaufnahme keinerlei Schuld nachgewiesen werden könnte. Auch in der Berufungsverhandlung wurde das unfaßliche Urteil aufrecht erhalten. Erst das Oberlandesgericht wies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück; dieses kam denn auch nach nochmaliger eingehender Beweisaufnahme zur Freisprechung.

Wie man Geständnisse erlangt. In welch' geradezu unerhörter Weise bei dem Kriegsgericht der I. Division in München Untersuchungen geführt, bezw. Geständnisse erlangt werden, kam gelegentlich einer Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht zur Sprache. Ein Soldat, der von dem Kriegsgericht verurteilt, gegen dieses Urteil aber Berufung ergriffen hatte, widerrief in der oberkriegsgerichtlichen Verhandlung das in der Voruntersuchung abgelegte Geständnis. Auf Vorhalt, warum er denn früher ein Geständnis abgelegt habe, erklärte der Angeklagte, er habe sich nicht mehr anders zu helfen gewußt. Als er nämlich in der Voruntersuchung vernommen worden sei, habe ihn der betreffende Kriegsgerichtsrat derart angeschrien, daß sich vor dem offenen Fenster an der Artilleriestraße zahlreiche Menschen angesammelt hätten. Gleichwohl habe ihn der Kriegsgerichtsrat weiter angefahren, so daß die Leute auf der Straße drohende Bemerkungen hereingerufen hätten. Dadurch sei aber der ihn vernehmende Kriegsgerichtsrat noch erregter geworden; er habe das Fenster schließen lassen, und nun habe er sich nicht mehr getraut, dem Herrn Rat zu widersprechen. Auf Kriegsgerichtsrat sofort als Zeuge vernommen, und er mußte die Angaben des Angeklagten bestätigen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 6. bis 12. Dezember 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

29. November. Arbeiter O. L. W. Knies. Schlachter G. H. R. Berner. 30. Dachdecker H. F. F. Ch. Th. Mesnikoff.

2. Dezember. Stellmacher J. H. F. L. Steinfadt. Tapezier H. H. H. Burmester. 3. Bierfuhrmann H. J. F. Denker. Arbeiter J. J. H. Wienk. 4. Maurer H. W. Retelsdorf. Fuhrmann H. A. K. Rothländer. Krankenpfleger und Masseur P. E. Winkler. Schutzmann W. F. K. Plank. 5. Arbeiter R. C. Ch. Trettow. 6. Steuermann J. C. H. Hölcke. Maler H. H. K. Plehn. Arbeiter H. C. F. Fey. Klempner Thomas Lenz. Arbeiter L. F. Lüders. 6. Schänkwirt M. A. Ch. Nehlsen. Pastor J. J. H. A. Arndt. Bureaubeamter bei der Steuerbehörde J. L. R. Ehrig. Kaufmann G. Th. F. Bening. 8. Rat am Stadt- und Landamt Dr. jur. F. A. Linde. Prokurist O. Th. F. J. Lohrmann. Müller J. H. A. Mett. 9. Maschinenbauer A. F. W. Strothmann. Lokomotivheizer W. F. F. Thieß. 10. Arbeiter Ch. L. J. Schwarz. Maurer J. K. Th. F. Kuller. Arbeiter J. L. Vogelsang. 11. Lokomotivheizer J. H. Th. Kanis. Chausseewärter H. J. J. Braasch. 12. Arbeiter Kl. O. Holgersson.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

2. Dezember. Maler J. P. H. Wulff. Tischler Ed. K. Meschonat. 3. Arbeiter K. W. D. Böttcher. Schutzmann J. C. F. Diedrich. 5. Kontrolleur bei der Wach- und Schließgesellschaft H. F. F. Wenzlaff. Vorbeiter C. A. Boy. Böttcher W. Ch. R. Wichmann. Buchdruckereifaktor J. L. H. Keil. Schuhmacher F. H. Ed. Esemann. Bauunternehmer W. H. J. J. Rehder. 7. Arbeiter J. F. H. Petersen. Arbeiter C. A. F. Thetz. Maurer A. F. Schöning. 8. Sargträger J. H. Piepjunge. Schlachter W. H. F. Rau. 9. Licht- und Fahrstuhlwärter bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn F. J. H. Dücker. 11. Kutscher C. Ch. F. Benecke.

Angeordnete Aufgebote.

7. Dezember. Musketier der 6. Komp. Inf.-Reg. Lübeck (3. Hanseatisches) Nr. 162 W. C. A. A. Hartmann und E. H. Hamann in Brunshausen. Lagerist A. B. F. R. Strefau und H. E. W. J. Schneider. Schutzmann K. F. J. Mellin und A. M. E. Jahn gen. Manteuffel in Stettin. 8. Lehrer W. H. F. Ehlers und D. C. M. Dohrendorf in Klein-Berkenthin. Arbeiter H. K. Chr. Rewohl und F. J. K. H. Möller in Sülte. 9. Sergeant J. F. W. Schrader und E. S. C. Benthien in St. Georgsberg. 10. Schlachter J. F. L. Freiknecht und D. M. E. Lichte in Uelzen. Arbeiter F. Chr. H. Dahlenburg und H. L. Schwartz. 11. Arbeiter F. Freitag in Moisling und Anna Mainka. 12. Tapezierer Th. Chr. F. Hinze und M. F. L. Merard, beide in Schönenwerd. Straßenbahnwagenführer J. H. W. Böhls und M. M. M. Tiedemann. Schmied F. E. E. Groneck und E. E. W. Schwarz. Arbeiter H. F. E. Bohnsack und E. C. E. Kaacksteen in Dissau. Handlungsgehilfe H. F. Chr. Meyer und M. C. C. Philipp.

Eheschließungen.

8. Dezember. Schneider H. O. Blumenthal und M. M. D. Böckmann. 10. Techniker H. F. Chr. Alwardt und Witwe A. E. W. Blöß geb. Erdmann. 12. Tischler F. Wanschura und W. J. E. Kierulff. Arbeiter C. H. F. Schomann und F. K. M. Schnügger. Kutscher C. F. W. Schmidt und F. B. D. Qualmann.

Sterbefälle.

5. Dezember. A. F. D. Meß, 7 M. E. S. M. Ehlers, 3 J. Handlungsgehilfe F. G. C. Tiedt, 24 J. M. E. E. geb. Möller, Witwe des Arbeiters J. J. Holst, 90 J. D. M. Chr. geb. Hartwig, Ehefrau des Privatmannes L. Chr. A. Chr. Dellien, 69 J. 6. In der Geburt verstorben ein Mädchen, V.: Arbeiter J. H. F. Peters. A. M. L. Jacobs, 2 M. Kaufmann F. W. E. Hoffmeister, 51 J. E. A. Köster, 3 T. Böttcher C. W. H. Schmidt, 35 J. 7. Chr. F. geb. Voß, Witwe des Privatmannes C. W. O. Lorentzen, 59 J. E. W. H. S. Wilms, 5 M. H. J. F. Kelling, 5 M. O. H. Klempau, 9 M. M. A. geb. Stegemann, verw. Drew, Ehefrau des Schreibers M. J. Huppmann, 50 J. 8. Früherer Gärtner J. J. A. Grabner, 83 J. Arbeiterin J. Saborowski, 26 J. M. M. M. Bartels, 3 M. A. M. S. geb. Löhde, Ehefrau des Malermeisters H. F. Drefahl, 38 J. 9. Früherer Schäfer J. H. Chr. Burmester, 77 J. A. M. geb. Wulff, Ehefrau des Chausseewärters J. H. Wiggert, 69 J. Arbeiter F. C. J. Lehmann, 45 J. 10. Kaufmann E. F. M. Kruse, 58 J. Arbeiter J. F. Chr. Rathsack, 69 J. B. P. E. Höppner, 7 M. (Krempelsdorf). Arbeiter H. Behrendt, 48 J. P. E. geb. Korduan, Ehefrau des Kirchenvogts E. C. F. Haack, 32 J. K. L. Paulus, 5 J. 11. Früh. Vogt J. J. H. Resenhöft genannt Holst, 85 J. Arbeiter J. F. N. Burmester, 46 J. M. C. E. geb. Boy, Witwe des Arbeiters P. F. A. Ohrt, 75 J. H. P. W. Ramm, 12 J. 12. Privatier A. H. F. Wriedt, 72 J.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Sonntag, 13. Dezember.

D. Gauthiod, Kapt. Rosengreen, von Kalmar, 26 St.

Montag, 14. Dezember.

D. Malmö, Kapt. Follin, von Kopenhagen, 13 St.
D. Dania, Kapt. Ackersson, von Gefle, 4 T.
D. Storfursten, Kapt. Favorin, von Helsingfors, 3 T.
D. Expreß, Kapt. Davidsen, von Flensburg, 12 St.

Schiffsbewegung.

D. Deutschland ist Sonntag früh von Riga nach hier abgegangen.

D. Luba ist Sonntag vormittag von Pillau nach hier abgegangen.

D. Stockholm ist Sonntag früh von Königsberg auf hier abgegangen.

D. Svea ist Sonnabend abend von Sundvall auf hier abgedampft.

D. Pehr Brahe ist Montag morgen in Abo angekommen.

D. Stadt Lübeck ist Montag nachmittag von Danzig auf hier abgegangen.

D. Zar ist Sonntag nachmittag in Reval angekommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Weihnachts-Verkauf.

Grösste Auswahl. — Billigste Preise. — Kulanteste Bedienung. — Umtausch sämtlicher Waren nach dem Feste gerne gestattet.

Kleiderstoffe

werden auf Wunsch als Weihnachts-Geschenk in eleganten Weihnachts-Kartons aufgemacht.

Reinwollene Cheviots

Garantie-Qualitäten 90/110 cm breit, pro Meter 2^{10} 1^{60} 1^{25} **98** Pf.

Reinwollene Satintuche

Grosses Farben-Sortiment 90/110 cm breit, pro Meter 2^{45} 2^{10} 1^{80} 1^{40} Mk.

Circa
500 Weihnachts-Kleider
Weihnachts-Aufmachung

Serie I	Serie II	Serie III
jedes Kleid	jedes Kleid	jedes Kleid
4^{25}	6^{75}	8^{75}

Schotten u. kar. Kleiderstoffe

herrliche Farbenstellungen f. Kinderkleid. besond. geeig. Reine Wolle, pro Meter 1^{00} 1^{28} 1^{60} 1^{95} M. etc.

Schwarze Kleiderstoffe

in Satintuch, Krepp, Cheviot und and. Geweben, f. Konfirmandinnen-Kleider geeignet pro Meter **80** Pf. 1^{00} 1^{45} bis 4^{50} Mk.

Rote Lubeca-Marken oder 4 Prozent in bar.

Ein Posten **Pelzkragen** Mufflon bis 250 cm lang **Wert** bis **10.00** Mk. **jetzt** 4^{75} Mk

Ein Posten **Pelzkragen** schwarz Kanin 2 m lang **Wert** bis **16.00** Mk. **jetzt** 11^{75} Mk

Ein Posten **Pelzkragen** weiss Tibet, 225 cm lang **Wert** bis **20.00** Mk. **jetzt** 11^{00} Mk.

Rote Lubeca-Marken oder 4 Prozent in bar.

Damen-Konfektion

der vorgerückten Saison wegen teils für die Hälfte.

Ein Posten **Paletots** 90 cm lang, englische Stoffe Wert bis **10.00** Mk. **jeder Paletot** 4^{75} Mk.

Ein Posten **Paletots** 100 cm lang, Chevrongewebe Wert bis **20.00** Mk. **jeder Paletot 12.85** 9^{85} Mk.

Ein Posten **Kostüme** Jackett auf Futter, Rock mit Falten Wert bis **50** Mk. **jedes Kostüm 23.— 15.—** 7^{00} Mk.

Ein Posten **Faltenröcke** in reinwollenem Cheviot, mit reich. Tressenbesatz . . . . . **jeder Rock** 7^{50} Mk.

Mädchen-Garderoben

um zu räumen, weit unter Wert.

Ein Posten **Kinderkleider** in Velour, hübsche Bordürenstoffe, für das Alter von 2—9 Jahren . . . . . **jedes Kleid** 1^{30} Mk.

Kinderkleider chice Machart, in Cheviot, Sammet u. # Wollstoffen für das Alter von 2 bis 14 Jahren, enormes Lager in der Preislage von **17.—** bis 1^{85} Mk.

Ein Posten **Kinderjacketts** in englischen dunklen Stoffen, für das Alter von 2—8 Jahren . . . . . **jedes Jackett** 4^{75} Mk.

Herren-Konfektion

Herren-Anzüge 48^{00} 32^{00} 24^{50} 18^{75} 12^{50} M.
grösstenteils auf Rosshaar gearbeitet.

Herren-Paletots 32^{50} 28^{50} 24^{00} 18^{50} 9^{75} M.
chice englische Stoffarten.

Herren-Lodenjoppen 20^{00} 14^{75} 10^{50} 7^{75} 5^{95} M.
warm gefüttert.

Knaben-Garderoben

Knaben-Anzüge 18^{50} 13^{75} 8^{50} 4^{25} 1^{85} M.
in chicer Ausführung.

Knaben-Paletots 15^{00} 11^{50} 8^{00} 5^{50} 3^{75} M.
in allen Fassons.

Knaben-Lodenjoppen 6^{75} 4^{25} 3^{50} 2^{25} M.
ausserordentlich haltbar.

Partie-Posten **Knaben-Leibchenhosen** in grau und blau, Größe 1—7 ohne Ausnahme **jede Hose** **85** Pfg.

1000 Normal-Herren-Hemden
600 Normal-Herren-Hosen
500 Normal-Damen-Jacken

alle Grössen ohne Rücksicht auf den früheren Wert zum Aussuchen

Wert 2.50 Mk. . . . jetzt Stück 1^{65} Mk.
Wert 2.00 Mk. . . . jetzt Stück 1^{35} Mk.
Wert 1.40 Mk. . . . jetzt Stück **98** Pfg.

Leib-Wäsche.

Damen-Hemden	2^{95}	2^{25}	1^{85}	1^{25}	**98** Pfg.
Dam.-Beinkleider	2^{45}	2^{00}	1^{45}	1^{15}	**85** Pfg.
Dam.-Nachtjacken	3^{00}	2^{25}	1^{75}	1^{45}	1^{15} Mk.
Herren-Hemden		2^{85}	2^{35}	1^{85}	1^{65} Mk.

Kinder-Wäsche in allen Größen, Fassons und Preislagen stets vorrätig.

Ca. 500
Damen-Hemden
Ia. Renforcé, Achselschluss m. Stickerei-Passe
Wert 2,30 Mk. jedes Hemd 1^{65} Mk.

Bett-Wäsche.

Weisse Bettbezüge in Damast, Satin u. Wäschetuch . . . 5.75, 4.35, 3.95 2^{35} Mk.

Bunte Bettbezüge in Satin Augusta oder kariert Züchen . . . 5.35, 4.35, 3.25 2^{25} Mk.

Weisse Kissenbezüge in Wäschetuch m. Eins. u. fest. 2.25, 1.95, 1,65, 1.10 **75** Pfg.

Bunte Kissenbezüge in Satin Augusta od. kar. Züchen . . . 95, 88, 68, **52** Pfg.

Gardinen, Tischdecken, Teppiche, Bettvorlagen, Portièren, Felle
in enormer Auswahl billigst.

Königstr. 89. **Hans Struve** Ecke Wahmstr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 293. Dienstag, den 15. Dezember 1908. 15. Jahrg.

Gewitterwolken im Bergwerksrevier!

Durch die Presse geht die Nachricht, der Gewerkvereinssekretär J. Effert habe in Hannover gesagt:

„Wenn auch jetzt noch die Hoffnung auf reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterfragen und auf Schaffung von Arbeiterkontrolleuren von der Regierung getäuscht würde, **dann würde sich in voller Übereinstimmung der Mitglieder und Führer aller Gewerkschaftsrichtungen bei Beginn einer besseren Konjunktur im Ruhrrevier ein Kampf abspielen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat, und wenn auch das Erwerbsleben der Nation um Jahrzehnte zurückgeworfen würde.** Die Arbeiterschaft wolle die Ausnahmegesetze abwerfen. Darum sei sie zu allem entschlossen, denn zu verlieren habe sie nichts mehr."

Widerrufen ist die Mitteilung nicht, aber wenn Effert auch nicht so gesprochen, die ihm zugeschriebenen Worte drücken unzweifelhaft die Stimmung der Bergarbeitermassen aus. Der impulsiv ausgebrochene Streik der überwiegend unorganisierten Bergleute auf den „Saar- und Moselgruben" bei Forbach, die sich in diesem merkwürdigen Ausstand manifestierende Erbitterung der Arbeiter über die lebensgefährlichen Betriebsverhältnisse, ferner die in Schlesien, Mittelpreußen, Köntgreich Sachsen und im Ruhrgebiet stattgefundenen, massenhaft besuchten Versammlungen, deren erregte Stimmung, auch unsere Erfahrungen im engen Verkehr mit den Kameraden, alles beweist, daß sich ein gewaltiges Unwetter im Bergbau Deutschlands entwickelt. Kein Zweifel besteht auch darüber, daß, wenn der bittere Kampf um Lebensschutz ausbricht, alles was die Bergleute in organisatorischer, parteipolitischer und religiöser Hinsicht jetzt trennt, mit Sturmeseile hinweggefegt wird. Eigentlich sollten darüber die Erfahrungen des Jahres 1905 den auf die jetzige Zersplitterung der Knappen spekulierenden Persönlichkeiten die Augen geöffnet haben.

Unmittelbar erregt sind die Bergleute durch die grauenhafte Radbodkatastrophe; — die versagenden Erklärungen der Regierungsvertreter im Landtag und Reichstag haben Öl ins Feuer gegossen. Das unausgesetzte Bestreben der verantwortlichen Interessenten, im Falle Radbod eine „elementare Gewalt" als Unglücksursache vorzuschieben, muß bei den sachkundigen Arbeitern neue Erbitterung auslösen. Wenn auch zugegeben wird, daß ganz außerordentliche Zufälle eine Grubenkatastrophe zeitigen können, im Falle Radbod ist aber von kundigen Leuten so viel Schwerwiegendes gegen die Betriebszustände vorgebracht worden, daß hier mindestens für das Wüten elementarer Gewalten manche Vorbedingungen zu konstatieren waren. Dies abstreiten, heißt die denkenden Arbeiter zur Empörung bringen, heißt ihnen die unbeschreibliche Überzeugung beibringen, es *solle* nicht das Nötige getan werden zur Sicherung der Arbeitsstätten. Was da für eine verzweifelte Stimmung Platz greifen muß, kann sich jeder leicht ausmalen.

Die Bremser und Verhinderer eines gründlichen Bergarbeiterschutzgesetzes sollten nur einmal hören, welche Worte die Bergarbeiter unter sich wechseln! Nun mehr als 360 auf auf einen Schlag sterben mußten, da hallt es in der Welt wider von Bedauern über des Bergmanns Los, da wird werktätiges Mitleid geübt, es besinnt sich die Öffentlichkeit auf den volkswirtschaftlichen Wert des Bergarbeiters. Aber werden nicht jährlich **Tausende** getötet und schwer verkrüppelt?! 1907 sind in Deutschland **1743 Bergarbeiter sofort getötet, 11 382 getötet und verkrüppelt worden!!!** Auf 300 Arbeitstage gerechnet **täglich beinahe sechs Tote!!! Jeden Monat 145 Tote!!!** Also **allmonatlich** die Opfer eines Massenunglücks! Über dies Furchtbare geht die Öffentlichkeit nur zu leicht hinweg, um die Tausende, die einzeln im Schacht verbluten, kümmern sich nur noch die engeren Angehörigen und die Berufsgenossen! Kaum nehmen die Zeitungen noch Notiz von Einzeltötungen im Bergbau. Die Bergleute fühlen das, sie empfinden, wie gering ihr Leben eingeschätzt wird, das erbittert bis zur maßlosen Wut!

Die Zechenbesitzer laufen trotz alledem Sturm gegen eine Reformierung der Berginspektion, sie wollen keine unabhängigen Arbeiterkontrolleure. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" vom 8. Dezember 1908 kommen eine Anzahl Industrieherren zu Worte, alle wenden sich gegen die Einführung von Arbeiterkontrolleuren, die, geschützt von der Autorität des Gesetzes, unabhängig nach jeder Richtung die Grubenbaue zu kontrollieren haben. Die bis zur Verblödung wiederholten Behauptungen: ein solcher Arbeiterkontrolleur würde politischer Agitator, zerstöre die Autorität der Werksherren, untergrabe die Disziplin, veranlasse die Arbeiter zu „noch weitergehenden Forderungen", bedeute ein Zurückweichen (!) der Regierung vor den Arbeiterverbänden, sei außerdem nicht fähig, die Unfälle zu vermindern, alle diese Behauptungen kehren wieder. Als die Radbodkatastrophe sich lähmend auf die Gemüter legte, wagte man es noch nicht, den Scharfmachergaul zu besteigen. Jetzt ist man schon wieder ungeniert — obgleich die 300 Leichen noch im Radbodschacht liegen!

Mit fast denselben Argumenten: Untergrabung der Autorität und Disziplin, parteipolitische Ausnutzung des Gewährten, haben die Regierungen seinerzeit die Forderungen der Bergwerksunternehmer nach Aufhebung des bureaukratischen Bevormundungs- (Direktions-) Systems bekämpft. Wie vor einem halben Jahrhundert die alten, staatlich bevormundeten Gewerke von der absolutistischen Bureaukratie beschuldigt wurden, eine Schädigung der vaterländischen Interessen durch die geforderte Bergbaubefreiung herbeizuführen, so rufen heute die Söhne und Enkel dieser Gewerke den „nationalen Furor" gegen die besseren Lebensschutz fordernden Arbeiter auf. Alles sei in bester Ordnung, heißt es — dabei steigt die Blutwelle fortgesetzt! Die Betriebe seien nach den erprobtesten Grundsätzen eingerichtet, würden reichlich kontrolliert — dabei ermittelte 1907 die *amtliche* Unfalluntersuchung, es seien 67,29 Proz. aller Unfälle *wegen Gefährlichkeit der Betriebe* entstanden! Bei uns stehe die Unfallverhütung auf der Höhe — dabei passieren in England, Belgien und Frankreich 30 bis 40 Prozent weniger Bergarbeiterunfälle als in Deutschland! Dem Schrei nach besserem Lebensschutz setzen die Industrieherren ein hartes Nein, höchstens eine ausweichende Verhimmelung ihrer sozialen Gesinnung entgegen. *Und die Regierung will abermals den Willen der Unternehmer tun!*

Wir warnen alle, denen es ernstlich um eine Verhütung von Bergwerkskatastrophen zu tun ist, der Regierung in ihrer Anpreisung der „Arbeiterkontrolleure", wie die Regierung sie sich denkt, zu folgen. Geplant ist eine „Reform" nach dem Muster der Bekanntmachung der Königl. Bergwerksdirektion Saarbrücken vom 15. Dezember 1902. Danach sind ab 1. Januar 1903 die Arbeiterausschußmitglieder befugt, *einmal* (!) im Monat in *Begleitung eines Betriebsbeamten* (!) die betreffende Steigerabteilung (der einem Steiger unterstellte unterirdische Grubenteil) zu befahren, wobei der „Arbeiterkontrolleur" nur die Baue zu untersuchen, also keinerlei Fragen an die Arbeiter über den sonstigen Zustand des Betriebspunktes zu stellen hat. Auch kann sich der Mann bei vorkommenden Unglücksfällen an die Stelle begeben, wieder nur in Begleitung eines Beamten; Fragen zu stellen an die Arbeiter, überhaupt sich Auskunft zu holen über die etwaigen Beschwernisse der Arbeiter ist dem „Kontrolleur" verboten. Seine „Beobachtungen" hat der Mann in das „Fahrbuch für Vertrauensmänner" einzutragen oder zu Protokoll zu geben.

Was war der Erfolg dieser Reform? Wer hat *was von diesen „Arbeiterkontrolleuren" gehört anläßlich des vorjährigen großen Unglücks auf der fiskalischen Saargrube „Reden"* (150 Tote, 26 Verletzte!)? *Notorisch ist ferner*, daß im fiskalischen Saarbergbau seit Einführung der „Reform" die Unfälle *nicht geringer wurden*, sich *wiederholt höher wie die in anderen Revieren stellten!* Daran trifft die „Arbeiterkontrolleure" keine Schuld, denn der einmal im Monat unternommene Kontrollgang ist so gut wie bedeutungslos für die Unfallverhütung, da sich auf dessen Befund kein zuverlässiges Urteil über die Betriebszustände abgeben läßt. Wolle man auch beachten, daß der Kontrolleur nicht einmal das Recht hat, sich über alle für die Betriebssicherheit in Frage kommenden Umstände zu informieren, die Begleitung des verantwortlichen Beamten — der Vorgesetzte des „Kontrolleurs"! — schreckt die Arbeiter schon zurück. *Und endlich ist zeugeneidlich im Prozeß Hilger-Krämer festgestellt, daß die „Arbeiterkontrolleure" gehindert wurden, ihre Wahrnehmungen über vorhandene Betriebsmißstände in das „Fahrbuch" einzutragen!!!* Danach notierten sie stereotyp: **„Alles in Ordnung!"** Also eine Dekoration, genannt „Arbeiterkontrolleure".

Wenn diese „Reform" der Grubenkontrolleure eine „gesetzliche Einrichtung" wird, dann belastet man diese „Arbeiterkontrolleure" mit einer furchtbaren Verantwortung, und die Grubenzustände werden eher noch schlimmer denn besser. Das Recht, jederzeit zu kontrollieren, sollen die Kontrolleure nicht erhalten, unabhängige Kritik an den vorgefundenen Mißständen zu üben, auf ihre sofortige Abstellung zu drängen, ist den Leuten verboten, *sie dienen also nur als Blitzableiter für die Werksbesitzer!* Geschieht ein Unglück, man kann sicher sein, die eigentlich Verantwortlichen werden sagen: „Es ist ja ein Arbeiterkontrolleur da!" Der hat zwar nir to seggen, aber er ist ein allezeit parat stehender Sündenbock für die anderen. Infolgedessen werden schließlich noch mehr Vernachlässigungen der Werksleiter einreißen, für sich vielleicht jede geringfügig, aber in ihrer Totalität menschengefährlich; der „Arbeiterkontrolleur" ist ja da, auf ihn, der doch gar nichts abändern darf, wälzt man einfach die Schuld. Ohne erst mit allen Vertrauensleuten der Belegschaften gesprochen zu haben, kann ich doch schon jetzt versichern, die Arbeiter werden sagen: *Lieber gar keine Arbeiterkontrolleure als solche wie die Regierung plant!* Will man jetzt noch keine Arbeiterkontrolleure mit wirksamen Befugnissen gesetzlich einführen, sind noch nicht genug Menschenopfer gefallen, noch nicht genug Massengräber geschaufelt, *nun wohl, dann ist das die offene Kampfesaufforderung an die dringend eines besseren Lebensschutzes bedürftigen Bergarbeiter!*

Ob die Bergarbeitermassen, zur Verzweiflung getrieben, sich in einer gewaltigen Arbeitseinstellung besseren Lebensschutz erkämpfen, oder ob ihnen ihre doch so natürliche Forderung recht bald auf reichsgesetzlichem Wege bewilligt wird, daran hat das ganze Volk ein ungeheuer großes Interesse. Im deutschen Bergbau waren 1907 nicht weniger wie 734 903 Arbeiter beschäftigt, davon 511 226 unterirdisch; in der Gesamtzahl sind auch 11 483 weibliche

---

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(Schluß.) Nachdruck verboten.

„Seit sechs Uhr nachmittags?" herrschte ich sie an; „schon um sechs Uhr traf ich dich nicht zu Hause."

„Nein — — seit einer Viertelstunde," erwiderte sie ruhig.

„Wo bist du gewesen diese ganze Zeit?" fragte ich weiter.

„Zuerst bin ich spazieren gefahren," sagte sie mit einem kühlen Lächeln, das meine Wut noch erhöhte. „Dann bin ich anderthalb Akte im Theater gewesen und dann bin ich hierhergekommen."

„Zu ihm, — zu deinem Geliebten!" schrie ich ihr zu.

„Ach nein, — leider nicht zu ihm," gab sie mit gleicher Kälte zur Antwort. „Als ich nach ihm fragte, hörte ich, daß er fort sei; da bin ich hinter dem Hause im Garten ein wenig auf- und niedergegangen; darauf kam mir der Gedanke, ich könnte zu dem Fräulein Henzen hinaufgehen, die hier oben wohnt, und die ich ein paarmal hier im Atelier getroffen habe. Dort wollte ich warten. Ich stieg auch die Treppen hinauf. Oben fand ich die Entreetür halb offen wegen des warmen Abends und hörte, wie der alte Henzen seiner Tochter vorklagte über sein verlorenes Leben. Ein wenig blieb ich stehen und hörte zu; einzutreten verlor ich aber die Lust. Auch fiel mir ein, daß es wohl besser sei, wenn sie mich zu dieser Stunde nicht hier sähe. Als ich herunterkam, wollte ich noch einmal klingeln — ich meinte, die Haustür inzwischen gehört zu haben — und fand zu meiner Überraschung auch hier die Entreetür angelehnt. Ich dachte, Richard sei zurückgekehrt, aber alles war dunkel und leer. Da habe ich das Licht da angezündet und sitze nun hier und warte auf ihn."

„Mache mich nicht wahnsinnig!" knirschte ich, faßte ihr Handgelenk und schüttelte sie; „was hast Du bei Richard Bruns zu schaffen? Jetzt — nach neun Uhr abends?"

Sie riß sich von mir los. „Rühr' mich nicht an!" rief sie drohend; „seit neulich — seitdem du mir Dinge gesagt hast, die mich vor mir selbst erniedrigen — seitdem — ich habe es dir ja geschrieben — habe ich mich von dir losgesagt. Geh fort! Geh fort! Was ich mit Richard, dem alten, dem einzigen Freunde, den ich auf der Welt besitze, zu reden habe, ist allein meine Sache — ganz allein! Eine wichtige Entscheidung, die ich über mein Leben zu treffen gedenke, hat mich zu dieser ungewöhnlichen Stunde hergeführt, ihn um seinen Rat zu bitten. Du hast mir meine Liebe und Treue schlecht gedankt. Jawohl, ich bin dir treu gewesen bis heute. Allen Verlockungen beim Theater habe ich getrotzt, sowie damals den Nachstellungen, den Versprechungen des alten Bruns. Aber wenn Richard mich hätte haben wollen, jetzt, nach der furchtbaren Enttäuschung, nach dem Bruch mit dir, — ich wäre sein gewesen! Vor ein paar Tagen habe ich mich hinreißen lassen, es ihm zu sagen, daß meine alte Liebe zu ihm wieder erwacht ist, und ich habe geweint, geweint, weil ich hörte, daß er eine andere liebt. Dir gegenüber aber betrachte ich mich jetzt als frei; ich habe dir über nichts, — nichts mehr Rechenschaft zu geben!" — — —

Da, — da kam es über mich, das Furchtbare, Entsetzliche, — mein Blut kochte, ich verlor alle Gewalt über meine Sinne, nur die blinde, fürchterliche, wütende Leidenschaft tobte in mir. Auf dem Tische lag ein Dolchmesser, — Bruns hatte es für eines seiner Bilder gebraucht — ich wußte es. Sinnlos in meiner Raserei riß ich das Messer vom Tisch und stieß es ihr ins Herz, — ihr, — ihr, die ich geliebt hatte, so geliebt, wie nur ein Mensch zu lieben vermag! Als ich die furchtbare Tat vollbracht hatte, kam es über mich, wie Erstarrung. Mochte nun geschehen, was wollte! Doch nein! Er, der Verhaßte, — er sollte büßen! An seinen Qualen wollte ich mich weiden. Ja, nun, nun erst war ich schlecht geworden, ganz schlecht! Ich zog ihr den Dolch aus der Wunde und legte ihren Leichnam neben dem Sessel nieder. Dann schloß ich das Fenster und verließ das Haus durch die Türen. Niemand begegnete mir!"

* * *

„Gegen alles Unrecht, — alle Sünde, die ich später noch begangen habe, blieb ich abgestumpft. Ich wollte Rache nehmen an dem weiblichen Geschlecht, indem ich es nicht mehr schonte. Deshalb machte ich mir gar kein Gewissen daraus, Thea Böhmers Hand zu fordern, als ich die Testamentsbestimmung meines Onkels erfuhr; deshalb überfiel ich Fräulein Seydel, weil ich wußte, daß sie den Mörder Marias zu entdecken suchte, weil ich ahnte, daß sie mich der Tat verdächtigte — — —"

Hier war Glaubitz' schreckliches Bekenntnis zu Ende. Seydel vermutete, daß er bis hierher geschrieben hatte, als er — der Staatsanwalt — gekommen war, um ihn verhaften zu lassen. Es grauste dem alten Manne, der sein Leben lang sich mit den Motiven und Triebfedern schlimmer Verbrechen beschäftigt hatte, vor dem Einblick in die dämonische, von allen düsteren Gewalten erfüllt gewesene Seele des Mörders. Er faltete die Blätter zusammen und beschloß, sie später Richard Bruns und seiner Tochter zu zeigen.

Richard Bruns! Er würde nun frei sein! Eine tiefe Bewegung ergriff Seydels Brust, als er des unglücklichen Künstlers gedachte, der ein Opfer furchtbarer Rachsucht, verhängnisvollen menschlichen Irrtums gewesen war.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Durch alle Zeitungen, weit über Berlin hinaus, ging wie ein triumphierender Jubelruf die Kunde von Richard Claasens unschuldig erlittener Haft und seiner Befreiung. Der Ruhm, um den er in seiner Kunst jahrelang voll heißen Strebens gerungen, wurde ihm nun durch sein Martyrium mit einem Schlage zuteil. Als die Pforten des Untersuchungsgefängnisses sich ihm öffneten, und er als freier Mann den Fuß auf die Straße setzte, da umdrängte ihn die Menge mit brausendem Beifallsgeschrei; er aber schritt gesenkten Hauptes neben dem Staatsanwalt Seydel in den bereitstehenden Wagen, der ihn durch die dichtgedrängten Volksmassen von der Stätte seiner schweren Leidenszeit hinwegführte.

Noch an demselben Abend hielt er seine Braut in seinen Armen. Ein tiefes, wortloses, heißes Glück durchwogte ihre Herzen.

„O du, — du, — mein Leben, — meine Elisabeth!" flüsterte er in ausbrechender Empfindung; „daß

Arbeiter enthalten. Wie die großen Streiks 1889 und 1905 lehrten, schließen sich der Bewegung in der Regel bis zu 90 Proz. der Untertagsarbeiter an. Sind die Knappen gezwungen, um den Schutz ihrer Haut und Knochen zu kämpfen, dann wird die Flut so gut wie alle Bedrohten mitreißen. Ein Kampf, wie ihn die Welt nie gesehen! Den Erbitterten wird die Frage nach dem Ausgang des Kampfes nicht ihr Handeln beeinträchtigen. Man täusche sich nicht über die elementare Gewalt eines solchen Kampfes um das Leben! Ein kleines Vorspiel war der Streik bei Forbach. Sind erst Hunderttausende außer Arbeit, so lähmt das zunächst das ganze Erwerbsleben im engeren Industriegebiet, die weitere Folge ist ein nationales Unglück!

Wer würden die Geschädigten sein? **Die Industrieherren auf keinen Fall!** Was auch an Förderminus entsteht, welche Kalamität auch in Handel und Wandel um sich greift — **die Industrieherren werden alle ihre momentanen Verluste reichlich wettmachen durch Erhöhung der Kohlen-, Koks- und Brikettpreise!!!** Die Wirkung des Brennstoffmonopols! Als 1905 der Generalstreik im Ruhrbecken ausbrach, **stiegen an den Börsen die Kurse der Bergwerkspapiere!!!** Was auch immer der Ausgang des drohenden Kampfes ist, die Kriegskosten werden die Industrieherren auf das Volk abwälzen! Je erbitterter, je länger der Kampf, um so höheren Tribut werden die Zechenmagnaten hinterher vom Volke einziehen!

Und deshalb muß das ganze deutsche Volk aus humanitären Gründen wie in Wahrung der berechtigten Volksinteressen unbedingt von der Reichsregierung verlangen, daß sie es nicht zum größten Schaden des Volkes auf einen gewaltigen Kampf zwischen Arbeit und Kapital im Bergbau ankommen läßt, sondern die Bergarbeiterforderungen in unangreifbarer gesetzlicher Form bewilligt. Es ist die Sache des ganzen Volkes, die mit dem Bergarbeiterschutz zur Erörterung steht! Noch ist es Zeit, vorzubeugen!

Lasse sich niemand täuschen mit Redensarten über die „Hetzer". Tatsache ist doch, daß auch die bescheidensten Ansprüche der Beauftragten der Arbeiterschaft brüsk zurückgewiesen werden von den Instanzen, die berufen wären, die Brücke zur Verständigung zu schlagen. Von den 18jährigen, immer wiederholten aber erfolglosen Bemühungen des Bergarbeiterverbandes, das Ohr der Werksherren und der Bergbehörden für die Arbeiterklagen zu gewinnen, will ich gar nicht erst reden. Den Vertretern der anderen Organisationsrichtungen geht's nicht besser. Zwei Beispiele hierfür. Gemäß einer Arbeiterbeschwerde vom Schacht II der Gesellschaft „Saar und Mosel" bei Forbach entwickelte sich dieser Schriftwechsel:

„Forbach, den 10. November 1908.

Herrn Bergmeister und Bergassessor v. Braunmühl!

Mit gegenwärtigem Schreiben habe ich die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen: Der Bergmann Johann Wagner hat mich gebeten, Ew. Wohlgeboren mitteilen zu wollen, **daß in Spittel am Schacht II 104 Drähte am Förderseil zerrissen seien.** Trotzdem sich die Leute beschwert hätten, wäre noch nichts in der Sache geschehen. Johann Wagner teilte mir u. a. noch mit, daß er sich fürchten würde, einzufahren.

Ich bitte den Herrn Bergmeister, bei einer eventuellen Untersuchung den Mann nicht nennen zu wollen, damit der Mann nicht noch schließlich seine Abkehr erhält.

Mich der angenehmen Hoffnung hingebend, schon bald Ew. Wohlgeboren zusagenden Bescheid in Empfang nehmen zu dürfen, zeichnet

Hochachtungsvoll

Heinr. Katz, Gewerkschaftssekretär."

Der Unterzeichner ist Angestellter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter! Auf sein Schreiben erhielt Katz folgende Antwort, datiert vom 13. November dieses Jahres:

„Auf das gefällige Schreiben vom 10. d. M. stelle ich Ihnen anheim, dem Bergmann Johann Wagner mitzuteilen, daß ihm ein Bescheid auf seine Beschwerde erteilt werden wird, wenn er sie selbst mündlich oder schriftlich bei der Bergbehörde vorbringt. Braunmühl."

Das spricht für sich. Statt erfreut zu sein, daß ihm von einem gefährlichen Betriebszustand Mitteilung gemacht wird, lehnt der Herr kaiserliche Berginspektor die Vermittelung des Gewerkvereinssekretärs ab und verweist „auf den Instanzenweg". Derselbe Berginspektor hat anläßlich des eben beendeten Lebensschutzstreiks der Arbeiter auf den Spitteler Schächten der Zechendirektion bescheinigt, es befänden sich keine gefährlichen Gase in der Tiefe, wurde aber dann, als er selbst inspizierte, nach Angabe der Arbeiter betäubt zutage geschafft!

(Schluß folgt.)

---

mir, daß ich wieder glauben lerne an die Sonne, — an das Glück, — hilf mir, das Leid zu vergessen — —"

„Ja, — ja, Geliebter", stammelte sie unter seligen Tränen, von einer Wonne erschüttert, der sie sich willenlos überließ. — — —

Stille und Dunkelheit rings um sie her, — dann fiel ein breiter, lichter Streifen vom Fenster her in das Gemach, — ein Bote des ewigen Gestirns, das immer und immer aufs neue siegreich über den Finsternissen der Erde leuchtet.

* * *

Kurze Zeit nach der Wiedervereinigung Elisabeths und Richards strahlte auch in Meie Henzens schwarzen Augen ein Glanz jubelnder Freude; mit einem Brief in der Hand eilte sie zu Elisabeth und fand in ihrer atemlosen Erregung kaum zusammenhängende Worte.

„Hören Sie nur, Fräulein Sendel, —" rief sie, „er, — August Fluth, — o Gott, — — er, — meint er es wirklich ernst, — hören Sie doch, — er schreibt, — ob ich, — ich, — ihm angehören wollte. Hören Sie, — er schreibt, wenn ich es wollte, dann hätte er sich aus den Wirrnissen der Vergangenheit diesmal das Beste für die Gegenwart herausgeholt." — Es war nicht schwer für Elisabeth, zu erraten, was für eine Antwort Meie dem braven Detektiv zu geben beabsichtigte! Und sie teilte das Glück des Mädchens, das nach den Stürmen seines jungen Lebens wohl einen friedlichen Hafen verdient hatte.

Der alte Schuster Markworth, der noch ein Jahr sich an der Güte Fluths gelabt hatte, starb, ohne seinen Sohn Franz wiedergesehen zu haben.

Wie der „Apostel" und sein Genosse Markworth endeten? Vielleicht sind sie verdorben, — gestorben! Vielleicht könnten die Zellen des Gefängnisses von Moabit eine düstere Chronik von ihnen berichten. — —

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 14. Dezember 1908.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnete die Sitzung um 6¼ Uhr.

Der ständige Senatskommissar Dr. Fehling teilt mit, daß der Senat dem s. Zt. geäußerten Verlangen der Bürgerschaft entsprechen will und die Ausführungsbestimmungen zum Vereinsgesetz dahin abändert, daß in Zukunft jede in Lübeck erscheinende Zeitung für die Bekanntmachung von Versammlungen genügt, um die Versammlung von jeder weiteren Anmeldung zu entbinden. (Lebh. Bravo!)

Der erste Antrag des Senates betrifft die Quittierung des Stadtkassenverwalters für seine Geschäftsführung in den Rechnungsjahren 1904 und 1905, sowie für die Abrechnung des Polizeiamtes für das Rechnungsjahr 1903.

Stelling moniert die in dem Bericht der Rechnungsbehörde angeführten zahlreichen Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung, wie Fehlen der Belege und Unterbelege, Rechenfehler, Gratifikationen an Beamte, Schiebungen, falsche Buchungen, die zu Erinnerungen Veranlassung gegeben hätten. Dabei seien nur die hauptsächlichsten Erinnerungen hervorgehoben worden. Eine derartige Lotterwirtschaft, wie sie hier geherrscht hat, dürfte in keinem Privatgeschäft vorkommen. Redner ist erfreut darüber, daß in dem Bericht die Tatsache zugegeben wird, daß Schiebungen vorgekommen sind; früher ist das vom Senatstische bestritten worden. Interessant wäre es auch, zu erfahren, wer denn die Gratifikationen erhalten hat und wovon dieselben bezahlt sind. Auch dagegen, daß eine ganze Reihe von Beamten noch Nebenbeschäftigungen ausführe, müsse man sich wenden. Reichen die Gehälter nicht aus, dann müssen dieselben eben erhöht werden. Hoffentlich geht der Bürgerschaft ein ähnlicher Bericht der Rechnungsbehörde, wie der vorliegende, nicht wieder zu.

Senator H. Evers: Die Zahl der festgestellten Fehler ist eine verhältnismäßig geringe. Rechenfehler kommen überall vor; das weiß jeder, der Verwaltungsgeschäfte kennt. Die falschen Buchungen sind nicht mit Absicht geschehen. Die Deckung von Ausgaben des laufenden Jahres aus den für andere Jahre bewilligten Mitteln soll nicht wieder vorkommen. Bezüglich der Gratifikationen hat eine Verständigung der Rechnungsbehörde mit dem Senat stattgefunden. Vorläufig soll bezüglich der Nebenbeschäftigung der bisherige Zustand beibehalten werden.

Stelling: Den Sozialdemokraten ist die Möglichkeit genommen, in der Verwaltung tätig zu sein, weil man sie nicht in die Behörden beruft; nicht einmal in den Bürgerausschuß wählt man sie. Daß Schiebungen vorgekommen sind, hat Senator Evers zugegeben. Die in dem Bericht angeführten Erinnerungen sind nur die hauptsächlichsten; es sind also viel mehr Fehler vorgekommen.

Senator Dr. Fehling tritt für die Rechnungsbehörde ein.

Dr. Wittern hält es für unvereinbar mit der Verfassung, daß Beamten für Nebenbeschäftigungen Gratifikationen gewährt werden. Dazu hat der Senat allein kein Recht, sondern er muß die Genehmigung der Bürgerschaft einholen.

Senator Evers bestreitet gegenüber Stelling, daß er früher in Abrede gestellt habe, daß sog. Schiebungen vorgekommen sind.

Brecht: Bezüglich der Nebengeschäfte, welche von Herrn Dr. Wittern kritisiert wurden, schafft die Vorlage keine Klarheit. Die Bürgerschaft kann den aufgeblasenen Ausführungen des Herrn Stelling keine Bedeutung beimessen, die jedenfalls nur für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Ich muß dagegen protestieren, daß Schiebungen, d. h. Verschleierungen vorgekommen sind.

Dr. Wittern vertritt nochmals den Standpunkt, daß es verkehrt ist, wenn Beamte für Nebenbeschäftigungen von den Behörden Gratifikationen erhalten.

A. Pape: Es darf nicht den Juristen, sondern dem gesunden Menschenverstand die Beurteilung über die als Nebenbeschäftigung anzusehende Tätigkeit überlassen werden. Stelling hat in vieler Beziehung recht. Redner wendet sich dagegen, daß, wie Brecht es will, den Bürgerschaftsmitgliedern das Recht der Kritik beschnitten wird und kritisiert, daß ein höherer Staatsbeamter als sachverständiger Beirat bei einer Spekulationsgesellschaft im Nebenamt tätig ist.

Stelling: Wir lassen uns von Herrn Brecht nicht nehmen, das hier vorzubringen, was wir für richtig halten, auch wenn er das als aufgeblasen bezeichnet. Ich bleibe dabei, daß Schiebungen vorgekommen sind.

Nach unwesentlichen Bemerkungen von Senator H. Evers, Brecht und Dr. Wittern wird die Senatsvorlage angenommen.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Senatsantrag betr. Neuordnung der Forstverwaltung.

Dazu liegt folgender Antrag von Dr. Benda vor:

1. daß die Abteilung B. des Beamtenbesoldungsetats vom 18. März 1908 zum 1. Januar 1909 abgeändert werde wie folgt:

B. Forstbeamte. [1])

		Zulagen	
Klasse I.			
127. Förster [2]) [3])	2300	1×150 u. 5×130	3100
Klasse II.			
128. Revierförster [4])	3800	6×200	5000

Noten [1]), [2]), [3]), [4]) unverändert nach dem Senatsantrage.

2. unverändert nach dem Senatsantrage.

3. daß, außer der für den Israelsdorfer Bezirk bereits vorgesehenen Aufhebung einer Försterstelle noch eine weitere Försterstelle eingezogen und an Stelle der zweiten freiwerdenden Försterstelle eine Holzvogtstelle eingerichtet werde.

4. daß bei den Revierförstern und Förstern der Bezug von Vergütungen für die Inspektion der Forsten lübeckischer Stiftungen und Wohltätigkeitsanstalten in Wegfall komme.

Für den Fall der Ablehnung von Ziffer 4 wird beantragt, in Abteilung B des Beamtenbesoldungsetats bei 128 Revierförster [4]) als Note [5]) hinzuzufügen, was folgt:

[5]) solange die Revierförster zu Cronsforde und Waldhusen für die Inspektion der Forsten der Heiligen Geist-Hospitals der Parcham'schen Stiftung und der Westerauer Stiftung von deren Vorsteherschaften Remunerationen beziehen, werden diese zum vollen Betrage vom Gehalt gekürzt.

Dr. Benda: Meine Anträge bezweckten dasselbe, was der Bürgerausschuß wollte. Redner führt das dann des näheren aus.

Senator H. Eschenburg: Der Senat ist der Ansicht, daß es am besten sei, daß auch die Forsten der Stiftungen und Wohltätigkeitsanstalten den staatlichen Beamten unterstellt sind.

Dr. Benda zieht den Absatz 4 seines Antrages zurück und setzt an dessen Stelle den Eventualantrag.

Prof. Baethcke wünscht, daß die Forstbeamten im Etat geführt werden und regt die Ausschreibung der Jagdverpachtung an.

Senator H. Eschenburg: Der Ausschreibung der Jagdpacht liegt nichts im Wege. Zu bedenken sei jedoch, daß dann vielleicht an Sonntagen die Spaziergänger belästigt würden.

Oberlehrer Eckermann bedauert die Trockenlegung des Wesloer Moores, das eine der reizvollsten Partien unserer Umgegend ist und für die Jugend eine Fülle von Belehrungen bringt. Vielleicht ist noch ein Einhalt möglich.

Senator H. Eschenburg: Es wird eine der ersten Aufgaben des neuen Oberförsters sein, darüber zu berichten, ob dem Wunsche des Vorredners entsprochen werden kann.

Der Senatsantrag wird darauf mit den Abänderungsanträgen angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die weitere Herrichtung des Vorwerker Friedhofes.

Th. Schwartz wünscht, daß diese Arbeiten von hiesigen Arbeitern ausgeführt werden, zumal gegenwärtig eine große Arbeitslosigkeit in Lübeck herrscht.

Senator Dr. Vermehren: Die Arbeiten werden schleunigst vorgenommen und jedenfalls hiesige Arbeitslose damit beschäftigt.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Erstreckung der Geltungsdauer des vierten Nachtrages vom 2. Dezember 1908, zum Gesetze vom 27. Mai 1889, betreffend die Einkommensteuer, auf das Rechnungsjahr 1909.

Dühring regt an, auf dem Lande Stellen für Steuerzahlungen zu errichten.

Senator Dr. Vermehren: Der Senat wird diese Anrege prüfen.

Tegtmeyer-Moisling: Für Russe und Schretstaken mag die Anrege Dührings zweckmäßig sein, für die näher gelegenen Dörfer ist der Vorschlag nicht notwendig. Die Gemeindevorsteher würden jedenfalls diese Tätigkeit nicht umsonst ausüben.

Eggers-Dänischburg wundert sich, daß die Landbewohner sich an Dühring mit ihren Anliegen wenden und sieht keinen Grund für die Errichtung derartiger Stellen.

A. Pape meint gegenüber Tegtmeyer ironisch, für Moisling könne der nicht bestätigte Schlosser Meyer, der ja jeden Tag nach Lübeck komme, mit der Aufgabe betraut werden.

Die Senatsvorlage wird darauf angenommen.

Debattelos genehmigt werden die Senatsanträge betr. Verkauf von Staatsareal an die Firma J. H. F. Lüders, hier, und Änderung des am 12. Januar 1907 mit ihr abgeschlossenen Vertrages und Errichtung einer weiteren Elementarlehrerstelle am Katharineum.

Nunmehr liegt vor der Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Eingabe der Witwe Hagenström, betreffend Bewilligung einer Witwen- und Waisenpension. Die Kommission schlägt vor, die Bürgerschaft wolle davon absehen, in Veranlassung der Eingabe der Witwe Hagenström einen Antrag einzubringen.

Da Anträge aus der Mitte der Bürgerschaft nicht gestellt werden, ist die Sache erledigt.

Es folgt die wiederholte Beratung des Antrages Wissell betr. Errichtung eines Wöchnerinnenheims.

Stelling: Der Bürgerausschuß hat dem Senat die Prüfung der Angelegenheit empfohlen. Damit sind wir einverstanden und wünschen, daß uns bald eine entsprechende Vorlage entgegengebracht wird.

Senator Dr. Fehling: Der Senat hat die Armenanstalt alsbald aufgefordert, hierüber einen Bericht zu erstatten.

Damit ist der Antrag erledigt.

Nunmehr liegt vor ein Antrag von Stelling: „Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, den Vertreter Lübecks im Bundesrat zu beauftragen, mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Einführung einer Steuer auf Gas und Elektrizität zu wirken."

Stelling: Die Gas- und Elektrizitätssteuer ist eine der schlimmsten Blüten im neuen Reichssteuerbukett, und deshalb ist es begreiflich, daß überall dagegen Protest erhoben wird, auch vom Handelstag und von der Handelskammer ist das geschehen. Würde die Vorlage Gesetz, dann müßte allein unser städtisches Gaswerk, das uns jetzt schöne Überschüsse liefert, mehr als 29 000 Mk. Steuern zahlen. Da auch jeder Geschäftsmann und Gewerbetreibende unter der geplanten Steuer zu leiden habe, so müsse die Bürgerschaft den vorliegenden Antrag annehmen und Protest gegen die Vorlage erheben.

Senator Dr. Fehling: Da die Steuervorlage bereits den Bundesrat passiert habe und gegenwärtig eine Reichstagskommission beschäftige, so muß erst abgewartet werden, ob sie überhaupt aus der Kommission wieder herauskommt.

Baethcke: Gegenüber Stelling möchte ich bemerken, die Bürgerschaft muß überhaupt nichts.

Dr. Ziehl meint, daß es für Lübeck gleich sei, ob diese Steuer Gesetz würde, da wir sonst doch die Lasten des Reiches durch Matrikularbeiträge aufbringen müßten. Dennoch werde er für den Antrag Stelling stimmen.

A. Pape: Ich bin der Meinung, die Bürgerschaft muß den Antrag annehmen und hätte nur gewünscht, daß er früher gestellt worden wäre.

Th. Schwartz führt aus, daß die Steuervorlagen im Reichstage schon längst abgetan sein würden, wenn nicht das unglückliche Blockgebilde bestände. Wenn die Reichsfinanzreform nicht angenommen wird, dann muß Bülow gehen und das will der Block nicht, der sich vor Katastrophen fürchtet.

Auf Anregung des Wortführers ist Stelling dazu bereit, seinen Antrag solange zurückzustellen, bis die Steuervorlage die Kommission des Reichstages passiert hat.

Schluß 8 Uhr.

Soziales und Parteileben.

Die Rache der Grubenprotzen. Die Vernehmung der Zeugen in Sachen Radbod wurde in der verflossenen Woche fortgesetzt. Die Zechenverwaltung wußte schon anderen Tages, was die vernommenen Arbeiter ausgesagt hatten. Am Sonnabend wurden 122 Mann durch Anschlag am Brett gekündigt, darunter der Prinzen-Delegierte Lewandowski und zwei der geretteten Arbeiter Thomas und Sirrenborg. Unter den Gekündigten befinden sich auch Leute, die in dem Aufbruch gearbeitet

haben, wo sich die starken Wetter angesammelt hatten. Es war ihnen früher gesagt worden, daß sie sich nicht um andere Arbeit umzusehen brauchen. Bei ihrer Vernehmung hatten sie — der Wahrheit gemäß — gesagt, daß die in Frage kommenden Beamten von der Wetteransammlung in gedachtem Aufbruche gewußt haben.

Bürgerliche Arbeiterfreundlichkeit. In der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag unserer Genossen, für die städtischen Arbeiter 50—60000 Mk. für eine zehnprozentige Lohnerhöhung zu bewilligen, abgelehnt. Die Arbeitslöhne von 780 bis 1080 Mk. pro Jahr und Monatsgehälter von 70 bis 80 Mk. schienen den Herren hoch genug. Dagegen wurden kurz vorher über 200 000 Mk. jährlich für Aufbesserung der Gehälter der höheren Beamten bewilligt, was einer Gehaltsaufbesserung von 33 bis 35 Proz. entspricht.

Zur Landtagswahl in Baden. In einer zu Forchheim abgehaltenen sozialdemokratischen Vertrauensmännerkonferenz wurde der Eisenbahner-Gewerkschaftsbeamte August Schwall in Karlsruhe als Kandidat für den 39. Landtagswahlbezirk aufgestellt. Der in Frage stehende Kreis Ettlingen-Karlsruhe-Rastatt war bereits in der Landtagssession 1901/05 im Besitz der Sozialdemokratie (Abg. Lutz-Baden), fiel aber im Oktober 1905, da er infolge der neuen Wahlbezirkseinteilung inzwischen eine Umgestaltung erfahren hatte, mit 2419 gegen 1947 sozialistische Stimmen an das Zentrum. Unsere badischen Genossen hoffen, daß es in dem stark mit Eisenbahnarbeitern durchsetzten Kreis der Kandidatur Schwall gelingt, das Mandat für unsere Partei zurückzuerobern.

Sozialdemokratische Organisation in Glatz. Der „Fränkischen Tagespost" wird aus Schlesien geschrieben: Seit die schlesische Festung Glatz die Ehre hat, den Hochverräter Liebknecht hinter ihren Mauern zu beherbergen, fängt es auch in den Köpfen der bisher mit rührender Treue dem Zentrum dienenden Arbeiterschaft an, Tag zu werden. Dieser Tage konnte seit 18 Jahren zum ersten Male wieder in der Residenz des Vaterlandsverräters eine Volksversammlung stattfinden, die sich sehr zahlreicher Beteiligung erfreute und als Frucht die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins zeitigte, dem sofort 45 Genossen beitraten.

Reichsverbändlerehre vor dem Schöffengericht. Durch einen Gerichtsbericht in der „Leipz. Volksztg." über eine Klage, die der Ortsgruppenvorsitzende des Reichsverbandes — Justizrat Kleinrath in Hannover — gegen die Genossen Wesemeyer und Friedrich vom Braunschweiger Parteiblatt angestrengt hatte, fühlte sich Kleinrath, wie auch der Generalsekretär des Reichsverbandes, Komoll, ebenfalls in Hannover wohnhaft, beleidigt und strengte gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Leipziger Parteiblattes Klage an. In der Verhandlung vor dem Leipziger Schöffengericht wurde Komoll vorgehalten, daß er früher auf den Vorwurf, Reichsverbandslügner zu sein, nicht gezuckt habe. Als er für den Reichsverbandsgeneral Liebert den Wahlkampf 1907 im 14. Wahlkreise führte, hat ihn der Genosse Schöpflin mehrfach bei den Versammlungen als den Reichsverbandslügner hingestellt und ihn sogar zur Klage aufgefordert. Komoll klagte aber nicht. Wegen formaler Beleidigung verurteilte das Leipziger Schöffengericht den Genossen Bahrdt im Falle Kleinrath zu 75 Mk. und im Falle Komoll zu 40 Mk. Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Ein räuberischer Überfall auf zwei Frauen wurde am Sonntag vormittag in Berlin in dem Teegeschäft von Pießker u. C., Breitestr. 3, ausgeführt. Die Inhaberin des Geschäfts, Fräulein Wilhelmine Braun, und die Wirtschafterin Ida Heimann wurden von dem 22jährigen Schleifer Richard Weitland, der die Ladenkasse rauben wollte, niedergeschlagen. Der Täter floh, wurde aber in der Brüderstraße eingeholt und verhaftet.

Explosion. In Siegen wurden am Sonnabend in der Gießerei der Siegener Maschinenbau-Aktiengesellschaft durch eine Explosion ein Mann getötet und vier teils lebensgefährlich verletzt. In einer Gießgrube hatten sich Gase gebildet, die sich infolge Überspringens von Funken entzündeten.

Im Streit erstochen. In Pforzheim wurde der Tagelöhner Grimm im Streite von einem Italiener erstochen.

Unfall im Bergwerk. Auf der Zeche „General Blumenthal", Schacht 3 und 4, der Bergwerksgesellschaft „Hibernia" ereignete sich ein größerer Betriebsunfall, der nur durch einen Zufall keine Menschenleben in Mitleidenschaft zog. Es stürzte nämlich während der Förderung der Förderkorb mit acht Kohlenwagen infolge Zerreißens des Förderseiles in den Schacht. Der Betrieb mußte teilweise eingestellt werden. Der Förderkorb und die Kohlenwagen lagen 70 Meter unter der Förderfohle. Da die Mittagsschicht noch nicht angefahren war, blieben die Bergleute zum großen Glück verschont.

Feuer in einem Hotel. In Aberavon wurde das Jersey Beach-Hotel durch eine Feuersbrunst zerstört. Die Gäste, denen der Ausweg durch die Flammen abgeschnitten wurde, retteten sich, indem sie aus den Fenstern sprangen. Eine Krankenschwester, die aus einem 20 Fuß hohen Fenster sprang, erlitt schwere Verletzungen. Viele andere Personen wurden leicht verletzt.

Rätselhafte Todesfälle. Der Kapitän des am Sonntag abend in Grimsby eingetroffenen Dampfers „Ashton" meldete, daß an Bord fünf russische Juden auf der Reise von Antwerpen in rätselhafter Weise gestorben seien. Die Todesfälle hätten sich sämtlich innerhalb eines Zeitraums von zehn Minuten ereignet. Der Mageninhalt der Toten wurde zu bakteriologischen Untersuchungen nach London gesandt. Das Schiff verbleibt unter Quarantäne, bis das Ergebnis der Untersuchung feststeht. Telegraphisch wird ferner gemeldet: Bei dem in Grimsby über den Tod der fünf russischen Zwischendeckspassagiere des Dampfers „Ashton" abgehaltenen Totenschaugericht erklärte der Vorsitzende, daß die Verstorbenen am Sonntag erkrankten, scheinbar an Seekrankheit; mittags sei einer gestorben und die vier anderen fast sofort danach. Wie es heißt, handele es sich um Fleischvergiftung, infolge des Genusses von Corned Beef. Der Steward erklärte, die Mannschaft habe von demselben Corned Beef gegessen, ohne Schaden zu nehmen. Vorsichtshalber mußte die Jury die Leichen durch ein Glasfenster besichtigen. Die Verhandlung wurde bis zur Beendigung der bakteriologischen Untersuchung vertagt.

Eine Panik im Theater. Sonntag entstand in Neuyork in einem Theater im Osten eine Panik. Das Theater war mit Zuschauern überfüllt, die mit so großer Wucht gegen das Geländer eines Balkons gedrückt wurden, daß dieses nachgab und 50 Personen auf die Köpfe der im Parterre Sitzenden herabfielen. In wilder Flucht drängte alles den Ausgängen zu. Zahlreiche Personen wurden schwer verletzt.

Typhusepidemie. In Hermannstadt wütet einer telegraphischen Meldung zufolge eine große Typhusepidemie. 800 Personen sind bereits erkrankt. Sämtliche Schulen wurden geschlossen; auch besteht die Absicht, das dortige Korpskommando nach Klausenburg zu verlegen.

Über Bord. Von dem geschützten Kreuzer „Amethyst", der in Portsmouth für seine Ausfahrt im Anfang nächsten Jahres zum Dienst an den Küsten Südafrikas und Südamerikas bereitgestellt, sind Teile der Visierapparate von einem 12 Zentimeter-Geschütz über Bord geworfen worden. Als der Tat verdächtig wurden drei Mann verhaftet. Eine allgemeine Mißstimmung scheint an Bord des „Amethyst" nicht zu bestehen. Die Visierapparate sind bereits wieder geborgen worden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.

Gesucht zum 1. April eine **3 Zimmer-Wohnung** von Leuten mit 1 Kind. Holstentor (Wickedestraße oder Nähe) bevorzugt.
Offerten unter **W K 44** a. d. Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. April eine **Wohnung** von ruhigen Leuten mit 1 Kind Moislinger Allee oder in der Nähe. Preis 200—250 Mk.
Offerten unter **L M G** a. d. Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. April freundl. **3 Zimmer-Wohnung** von einem jungen Ehepaar vor dem Holstentor. Preis 240—260 Mk.
Angebote unt. **A H 100** a. d. Exp. d. Bl.

Gesucht 200 Mk.
in Grundstück. Sicherer Posten.
Offerten unter **S 70** an die Exped. d. Bl.

Schaukelpferd
zu kaufen gesucht. Angebote unter **R W** an die Exp. d. Bl.

Ein gut erh. Kinderwagen m. Gummir.
zu verkaufen Ludwigstraße 65.

Preiswert zu verkaufen eine gut erhaltene
Geige mit Kasten.
Brolingstraße 42, III.

Eine **Puppenküche** u. **Wiege** zu verkaufen.
Kottwitzstr. 26, Hinterhaus.

Ein Sofatisch und eine Kaffeemühle
zu verkaufen.
Breitestraße 97, Hinterhaus.

Ein guterhaltenes **Zirkelbesteck** und ein **Gesellenkoffer** zu verkaufen.
Moislinger Allee 50b, I.

Gebrauchter **Phonograph** mit Walzen und gebrauchte **Guitarrezither** billig zu verkaufen.
Lützowstr. 30, Etage, Burgtor.

Billig zu verkaufen eine **Handharmonika.**
Wakenitzmauer 23, I., rechts.

Ein kleiner weißer **Seidenpudel**, Hündin, zu verkaufen Arnimstraße 36, I.

Eine Tafelwage
zu verkaufen. An der Mauer 82.

Tannenbäume
in großer Auswahl vom 17. d. Mts. an am Gaskandalaber bei der St. Jürgenbrücke empfehlen billigst
Welzien & David, Elswigstr. 4 u. 4a.

Tannenbäume in gr. Auswahl.
Parade, Arnimstr. 3 und Schönkampstr. 20.
Frd. Berott.

Alte und junge Brieftauben
zu verkaufen. Friedenstr. 68.

Zum Ohrringe einstecken
empfiehlt sich in und außer dem Hause
Otto Frauer, Friseur, Ziegelstr. 14.

Frau Schmüser, Hebamme
wohnt jetzt Gewerbesstraße 43.

H. Mews, Böttcherstraße 6.
Glaserei und Einrahmungsgeschäft
für Bilder jeder Art

Rechnungs-Formulare
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.
Johannisstraße 46.

Morgen Mittwoch
morgens 10 Uhr u. nachmittags 2½ Uhr:
Große Auktion
über **diverse gute Mobilien** u. **große Partie Spielsachen** und ein **großes Grammophon** (ca. 20 Platten, 10 Pfg. Einwurf), eine große **Partie guter Zigarren und Zigaretten,** im
Konzerthaus Fünfhausen.
Johannes Mundt,
Auktionator und Taxator.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Eilen! Eilen!
muß man zur
34a Fackenburger Allee 34a.
Da ist vorzügliche Auswahl in
Nähmaschinen jeder Art
zum Sticken, Stopfen, Vor- u. Rückwärtsnähen in beliebiger Preislage.
Günstige Bedingungen.
Unterricht und Transport gratis.

Zum Backen:
Lauschen Kuchensirup
Mandeln, Sukkade, Orangeat, sämtliche Gewürze, Rosen- und Pfirsichwasser etc.
empfiehlt in guten Qualitäten zu mäßigen Preisen.
Marli-Drogerie
Wilhelm Hohenschild
42 Marlistraße 42.

Zum Kuchenbacken

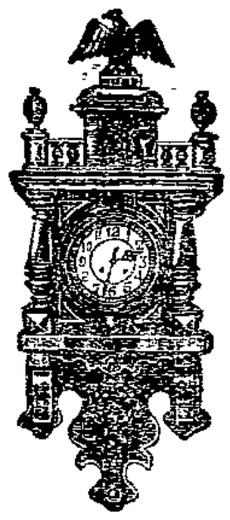
Billig!		Billig!
Sukkade	Pfd.	75 Pfg.
5 Pfd. Mehl		75 „
Orangenschale	„	60 „
Gr. Zitronen	6 Stück	25 „
Backpulver	Pack.	5 „
Kleine u. gr. Rosinen	Pfd.	45 „

ff. Lauschen Kuchensirup
Solange Vorrat 2 Pfd. Walnüsse 45 Pfg.
C. Burckhardt,
Hüxstrasse 40.
NB. Meiereibutter Pfd. 118 Pfg.

Zum Backen:
ff. Weizenmehl sowie sämtl. Backzutaten
empfiehlt in vorzüglicher Qualität
Hermann Goebler
Lübeck, Lützowstr. 13.

Empfehle zu
Weihnachts-Einkäufen
in Extra-Qualitäten und zu wohlfeilen Preisen:
I. Marzipan-Masse
Pfd. 120 Pfg.
II. Marzipan-Masse
Pfd. 100 Pfg.
im Ausschnitt und in verschiedenen Formen,
ff. Baumkonfekt
ff. Baumkakes
in großer Auswahl.
Große, vollkernige französische
Walnüsse,
feinste Giovanni, Sicil.
Haselnüsse,
Paranüsse,
Smyrna-Delikateß-**Feigen**
lose Pfd. 80 Pfg., auch 1, 2, 5 Pfd.-Kistchen,
ff. Datteln
lose und in Kartons,
großbeer. **Traubrosinen,**
Krachmandeln,
Baumschmuck
und Lichte.
Zum Backen:
ff. Lauscher Sirup
ff. Hamburger Sirup
Sukkade Pfund 80 Pfg.
Orangeat.
ff. gereinigte
Sultanarosinen
Pfd. 50, 60 und 70 Pfg.
Gerein. Korinthen,
Hirschhornsalz, Pottasche, gr. Zitronen,
sowie **sämtl. Gewürze**
ganz und gemahlen, garantiert rein.
Hochfeines
Dampf-Weizenmehl
in 3 Sorten.
ff. Hansamehl 0000
in 5 Pfd.-Säckchen und lose.
T. Buhrmann,
Inhaber **W. Fahle,**
Holstenstraße 23.
— Lubeca-Marken. —

Lauschen Hamburg. **Kuchensirup** 30 Pfg. 25 Pfg.
doppelt gesiebtes, stets lockeres
Weizen-Dampfmehl
Diamant-Mehl
Sukkade, Orangeat,
Pottasche, Hirschhornsalz,
Rosen- und Pfirsichwasser,
süsse und bittere Mandeln,
herrliche Rosinen, gross u. klein,
sowie **sämtl. Gewürze,** ganz u. gemahlen,
empfiehlt in nur besten Qualitäten
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.



Anerkannt beste Bezugsquelle.
Größtes Lager.
Freischwingerschonv. 16 M. an
Weckuhren schon v. 2 M. an
silb. Taschenuhr. v. 12 M. an
Aug. Büttner
Uhrmacher
32 Hüxstraße 32.
Rote Rabattm. Umt. gest.

Fahrrad- u. Nähmasch.-Reparatur-Werkstatt.
Alle Fabrikate werden sachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung.
Emaillieren, Vernickeln billig und gut.
Carl Heynert, Lübeck
Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

Achtung!
Zentralvb. d. Maurer.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 16. Dez.,
abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Die Sperre im Fünfhausen.
2. Bericht der Tarifkommission.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.
Der Vorstand.
NB. Mit dieser Versammlung ist Schluß der Kinderanmeldung zum Weihnachtsfest.

Restaurant zum St. Jürgen-Ring
Cronsforder Allee 49a.
Grosses Ausspielen
von
fetten Gänsen und Weihnachtskarpfen
am Sonntag, den 20. Dezember.
Anfang 11 Uhr vormittags. Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Friedr. Brede.

Neues Stadttheater.
Mittwoch 7½ Uhr: Kleine Preise.
Außer Mittwoch-Abon. Voll-Abon. 74.
Im weißen Rößl.
Hierauf: Als ich wiederkam. Lustspiele.
Donnerstag 7½ Uhr: Große Preise.
Außer Donnerstag-Abon. Voll-Abonn. 75.
Ein Walzertraum. Operette.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
soweit der Vorrat reicht:

Ca. 1200 Pfund Tannenbaum-Konfekt.

Nur frische diesjährige Ware.

Serie I Pfund **80** Pfg.

Serie II Pfund **1** Mk.

Der reguläre Wert ist bis 2 Mark pro Pfund.

Nur in meiner Verkaufsstelle Breitestrasse 43.

F. Vorbeck, Konfitüren-, Marzipan- und Zuckerwaren-Fabrik **Lübeck.**

Die Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfeste:

Braune Kuchen

Topfkuchen,

sowie

braune und weiße Pfeffernüsse

in bekannter Qualität.

Unsere Niederlagen halten hiervon stets Lager, auch nehmen dieselben schon jetzt Bestellungen zum Feste entgegen.

Gleichzeitig empfehlen unser nur aus bestem Roggen- und Weizenmehl hergestelltes

Grob- und Feinbrot

Monde,

sowie alle sonstigen Backwaren.

Der Vorstand.

Emil Württenberger

Kohlmarkt 8 — Markt 5

Herren-Artikel-Spezial-Geschäft

empfiehlt

Handschuhe	Spezialität:	Unterzeuge
Krawatten	Weiche und steife	Socken
Wäsche	**Hüte**	Hosenträger
Kragenschoner	in modernsten	Schirme
Taschentücher	Formen.	Stöcke

Rote Rabattmarken.

Geschenkbons auf alle Waren.

Mark 100.—

Einhundert Mark Sterbefall-Unterstützung

beim Ableben meines Mannes von dem Inhaber der **Dampfbäckerei „Hansa“**, Herrn **Johs. Junge** in Lübeck, aus Anlass ständiger Brotkundschaft erhalten zu haben, bescheinige ich hiermit.

Lübeck, den 14. Dezember 1908.

Frau Friederike Lehmann, geb. Wieschendorf,
Kleine Altefähre 17.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Für das Weihnachtsfest

empfehlen wir unseren geehrten Mitgliedern:

Tannenbaumschmuck in großer Auswahl. Tannenbaumlichte u. Lichthalter.

Walnüsse, Haselnüsse, Apfelsinen, Feigen, Datteln, Traubrosinen und Krachmandeln,

Rotwein Portwein

alles in bester Qualität zu billigsten Preisen.

Für Geschenkzwecke geeignet

bringen wir unsere

Manufakturwaren

in empfehlende Erinnerung und unterlassen nicht, die geehrten Mitglieder

von Schwartau und Eutin

auf unser in den dortigen Verkaufsstellen befindliches gut sortiertes

Porzellan- und Steingutwarenlager

zu verweisen.

Zur Beachtung. Am Sonntag, den 20. Dezember, sind unsere sämtlichen Verkaufsstellen von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Ferner machen wir schon jetzt bekannt, daß sämtliche Verkaufsstellen an beiden Weihnachtsfesttagen geschlossen sind und dafür am Sonntag, den 27. Dezember, von 11 bis 1 Uhr geöffnet sind.

Der Vorstand.

Zum Weihnachtsfest

empfehle

sämtliche Zutaten zur Kuchenbäckerei in bester Qualität.

Ferner **Tannenbaumschmuck, Lichte, Wale, Haselnüsse, Feigen** etc. **Parfümerien** in kleinen Flaschen.

Hansa-Drogerie, Hans Fock Nachf.,
Ecke Fackenburger u. Schwartauer Allee, vis-à-vis d. neuen Bahnhof.

St. Lorenz-Beerdigungsinstitut — 4 Warendorpstraße 4 —

Georg Behnck

Sarg-Magazin. Wäsche. Grabstöcke. Kränze.

Viele Tausende

verdanken ihr ausgezeichnetes Wissen, ihre sichere, einträgliche Lebensstellung einzig dem Studium der weltbekannten **Selbstunterrichtswerke** Methode Rustin

Der wissenschaftlich gebildete Mann, Der gebildete Kaufmann, Der Bankbeamte, Das Gymnasium, Das Realgymnasium, Die Oberrealschule, Das Abiturienten-Examen, Die höhere Mädchenschule, Die Handelsschule, Die Mittelschullehrerprüfung, Der Einjährig-Freiwillige, Der Präparand, Der Gerichtsschreiber, Der Militäranwärter. Glänzende Erfolge. Besondere Prospekte über jedes Werk und Anerkennungsschreiben gratis und franko. — Ansichtssendungen bereitwilligst. — Kleine Teilzahlungen.

Bonness & Hachfeld, Verlagsbuchhandlung, Potsdam.

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. **Fischergr. 52.**

Hasenfelle

Kanin, Füchse, Iltis, Marder etc. kauft zu **höchsten Tagespreisen.**

J. L. Würzburg, Wahmstr. 22a.

Erfinder

wenden sich am zweckmäßigsten an bedeutende Patentbureaus, deren Ruf und Leistungsfähigkeit bekannt und über deren Vertrauenswürdigkeit Auskunftsbureaus gern Auskunft erteilen.

J. Bett & Co.,
Bureau für Patentverwertung u. Erwirkung
Berlin SW. 48. Q.